

Nachrichten

aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Nr. 56, Juli 2009



Aus dem Inhalt:

Bayern hilft mit bei der Rettung des Stadtarchivs Köln (S. 3)

Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch eröffnet Ausstellung „Helle Köpfe“ (S. 5)

„Bayerischer Janus“ geht an Dr. Reinhard Dörfler (S. 6)

6. Bayerischer Archivtag in Kaufbeuren (S. 8)

Beginn der Übernahme der Personenstandsunterlagen (S. 13 u. 15)

Ausstellung über Ersterwähnung von Amberg vor 975 Jahren (S. 35)

Bereitstellung von Findmitteln im Netz (S. 39)

Nachruf auf Generaldirektor a.D. Prof. Dr. Walter Jaroschka (S. 40)

Jahresbericht 2008

Inhalt

Aktuelles

- Bayern hilft mit bei der Rettung des
Stadtarchivs Köln 3
- Staatsminister Dr. Heubisch eröffnet
Ausstellung „Helle Köpfe“ im Bayeri-
schen Hauptstaatsarchiv 5
- „Bayerischer Janus 2009“ geht an
Dr. Reinhard Dörfler 6
- Neue Verzeichnungsrichtlinien für
Akten und Urkunden 6
- ARK-Arbeitsgruppe Elektronische
Systeme in Justiz und Verwaltung
unter bayerischem Vorsitz 7
- Das Bayerische Landesvermessungsamt
stellt die Urpositionsblätter über den
BayernViewer online zur Verfügung. 7

Veranstaltungen

- Vortragsreihe zu Papst Pius XII.
in München 8

Tagungen

6. Bayerischer Archivtag in Kaufbeuren
befasst sich mit dem Standort der Ar-
chive in der vernetzten Welt 8
- Workshop des DFG-Projekts „Schrift-
lichkeit in süddeutschen Frauenklös-
tern“ 9
- Kolloquium zur Geschichte deutscher
Länder 1945–1995 in München 10
- Staatliche Archive präsentieren auf dem
Ersten Bayerischen Anwenderforum ih-
re Planungen zum Digitalen Archiv. 11

Schriftgutverwaltung

- Fortbildung der Aussonderungsreferen-
ten der staatlichen Archive Bayerns 12
- Kommunal- und Staatsarchive beginnen
mit der Übernahme der Personenstands-
unterlagen 13
- Registraloren treffen der niederbaye-
rischen Landratsämter 14

Archivpflege

- Personenstandsunterlagen werden als
Archivgut für die Forschung zugäng-
lich. Oberpfälzer Archivpflegertagung
im Landratsamt Amberg-Sulzbach .. 15

Projekte

- Zwischenbericht zur Digitalisierung
von Urkunden 16
- EU-Projekt „Charters Network“:
Die Urkunden des Hochstifts und
Domkapitels Freising im Internet 17

Generaldirektion der Staatlichen Archive
Bayerns beteiligt sich am Münchner
Zentrum für Editionswissenschaften 17

Bestände

- Bayerisches Hauptstaatsarchiv*
- Bestand „Kloster Windberg Amts-
bücher und Akten“ im Bayerischen Haupt-
staatsarchiv abschließend formiert... 18
- Bestand „Landesdirektion von Bayern
in Klostersachen“ – ein Werkstattbe-
richt 18
- „Eine Flut von Papier gegen das Hoch-
wasser“ – Die Akten des Bayerischen
Landesamtes für Wasserwirtschaft über
Hochwasserkatastrophen und Wasser-
bauten 19
- Lichtblick für scharfe Bilder – Die
Fachakademie für Fotodesign 20
- Nachlass des Herzogs Wilhelm in
Bayern geordnet 21
- Akten eines Generalkommandos der
bayerischen Armee aus dem Ersten
Weltkrieg neu verzeichnet 22
- Wesentliche Ergänzung des Nachlasses
Rehse 22
- Neues aus dem Sudetendeutschen
Archiv 23
- Staatsarchiv Amberg*
- Schlossarchiv Röthenbach im Staats-
archiv Amberg 23
- Staatsarchiv Augsburg*
- Urkunden des Hochstifts Augsburg
von 1421 bis 1500 erschlossen 24
- Staatsarchiv Landshut*
- Neues Findbuch zum Schlossarchiv
Hagn 25
- Staatsarchiv München*
- Abgabe des Landratsamts Landsberg
a. Lech verzeichnet 26
- Erschließung der Landesversicherungs-
anstalt Oberbayern abgeschlossen ... 27
- Überlieferung der gesetzlichen Kran-
kenversicherungsträger im Staatsarchiv
München. Eine Bestandsaufnahme .. 27
- Staatsarchiv Nürnberg*
- Schriftgut des Pegnitzkreises (1808–
1810) im Staatsarchiv Nürnberg neu
formiert 29
- Staatsarchiv Würzburg*
- Urkundenbestand des Klosters Him-
melspforten neu erschlossen 30

Bestandserhaltung

- Konservierung brandgeschädigter
Amtsbücher des Staatsarchivs
Landshut 30

Ausbildung

- Neue Lehrinhalte für die Ausbildung
mittlerer Archivdienst 31
- Generaldirektion „zuständige Stelle“
für FaMI-Archiv 32

Ausstellungen

- Ausstellung „Helle Köpfe – Die Ge-
schichte der Bayerischen Akademie
der Wissenschaften 1759–2009“ im
Bayerischen Hauptstaatsarchiv 33
- Lehrausstellungen des Lehrgangs
2007/2010 der Fachhochschule für
öffentliche Verwaltung und Rechts-
pflege – Fachrichtung Archivwesen
werden im Bayerischen Hauptstaats-
archiv gezeigt 34
- Staatsarchiv und Stadtarchiv Amberg
erinnern an die Ersterwähnung von
Amberg vor 975 Jahren 35
- Ausstellung im Staatsarchiv Bamberg:
Eine „wunderbarliche Geburt“ in Ober-
franken (1607) 36
- „Auf der Spur in neue Zeiten. 150 Jahre
Werrabahn“. Ein Ausstellung im Staats-
archiv Coburg 36
- Zwangsarbeit im ländlichen Franken
1939–1945, eine Ausstellung im Frei-
landmuseum Bad Windsheim 38

Internet-Auftritt

- Bereitstellung von Findmitteln im
Netz 38

Personalia

- Nachruf auf Generaldirektor a.D.
Prof. Dr. Walter Jaroschka 39
- Professor Dr. Rumschöttel zweifach
ausgezeichnet 40
- Neuer Leiter der Abteilung Veröffent-
lichungen in der Generaldirektion ... 41

Neue Veröffentlichungen

- Neue Veröffentlichungen der staatli-
chen Archive Bayerns 41
- Vorankündigung von zwei Aus-
stellungen 42
- Mitarbeiter 43
- Impressum 43

Aktuelles

Bayern hilft mit bei der Rettung des Stadtarchivs Köln

Nach dem Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln am 3. März 2009 beteiligten sich auch Archivarinnen und Archivare aus Bayern an den Arbeiten im Erstversorgungszentrum in Köln, um dort bei der Erfassung und Verpackung der geborgenen Archivalien zu helfen.

schimmeliges Schriftgut in Folie einzupacken, damit es eingefroren werden konnte. Dorthin wurden geborgene Archivalien sowohl direkt von der Einsturzstelle an der Severinstraße geliefert als auch aus der Halle, in der der Schutt noch einmal durchsucht wurde. Schriftgut, das nur noch zusammenhanglos in Fragmenten geborgen werden konnte, wurde in der Bearbeitung vorerst zurückgestellt, um Zeit für die Versorgung der besser



Die erste Gruppe aus den staatlichen Archiven Bayerns war vom 30. März bis zum 3. April 2009 in Köln im Einsatz. Sie bestand aus sechs Studierenden des laufenden Vorbereitungsdienstes für den gehobenen Archivdienst (Claudia Eikel, Bettina Knabl, Sabine Müller, Melanie Steinhäuser, Johannes Stoiber und Katharina Weber), sowie den Archivaren Gerhard Fürmetz, Till Strobel (beide Bayerisches Hauptstaatsarchiv) und Dr. Daniel Burger (Staatsarchiv Nürnberg).

Im Erstversorgungszentrum in Köln arbeiteten die freiwilligen Helfer in zwei Schichten von sieben Stunden, um die geborgenen Archivalien grob von Schmutz zu reinigen, nach nassen und trockenen Dokumenten zu sortieren und feuchtes und

erhaltenen Archivalien zu gewinnen. Die notdürftig gereinigten Dokumente wurden in Kunststoffwannen mit laufender Nummer gelegt und die Signatur (falls noch erhalten) oder zumindest ein kurzer Betreff wurde in Listen eingetragen. Der Wanneninhalt wurde dann in kleinere Stülpedeckelkartons umgepackt, um zu freien Magazinflächen in anderen Archiven transportiert zu werden. Feuchtes Schriftgut wurde nach Trocknung ebenfalls verpackt. Die Stülpedeckelkartons tragen die Nummer derjenigen Wanne, aus der ihr Inhalt genommen wurde. Maximal neun kleine Kartons können also dieselbe Nummer haben.

Das im Stadtarchiv Köln übliche Anbringen von Bestellsignaturen auf der Vorder- und Rückseite

der Archivalien stellte sich als großer Vorteil heraus. Akten, bei denen das Deckblatt oder der gesamte vordere Teil fehlten, konnten so dennoch identifiziert werden. Als schwierig erwies sich die Erfassung des relativ großen Anteils an unverzeichneten Beständen, die statt einer Archivsignatur oft nur eine oder mehrere Registraturnummern tragen. Mechanisch stark beschädigtes oder nur noch in Fragmenten erhaltenes Schriftgut wurde in Mappen verpackt.

Bewährt haben sich die äußerst stabilen Archivkartons, in denen das Stadtarchiv Köln seine Archivalien lagerte. Oft wurden aus äußerlich völlig deformierten Kartons beinahe unversehrte Akten geborgen, während noch unverpacktes Archivgut durch die Katastrophe in der Regel stark beschädigt, zum Teil sogar zerfetzt wurde.



Der Einsatz im Erstversorgungszentrum wurde ergänzt durch eine Führung am Bergungsort an der Severinstraße und für Herrn Fürmetz durch einen Besuch der Halle, in der der angelieferte Schutt von Hilfskräften noch einmal durchsucht wird.

Die Erfahrungen und Erkenntnisse, die durch den Einsatz in Köln gewonnen werden können, sind nicht nur für die Notfallvorsorge wichtig, sondern werden sicherlich auch Auswirkungen auf die tägliche Praxis in den bayerischen Archiven

haben. So wurde als wichtige Erfahrung mitgenommen, dass kräftige Kartons im Katastrophenfall ein guter Schutz sind, man am Verpackungsmaterial nicht sparen sollte und Neuzugänge möglichst rasch eingeschachtelt werden müssten.



Im Mai 2009 waren zwei weitere Gruppen mit Archivaren und einer Archivarin aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv und den bayerischen Staatsarchiven sowie mit Restauratorinnen in Köln im Einsatz: Vom 4. bis 8. Mai arbeiteten die Archivare Dr. Julian Holzapfl, Stefan Thiery (beide Bayerisches Hauptstaatsarchiv), Günther Steiner (Staatsarchiv Augsburg) und Ludwig Weber (Staatsarchiv Nürnberg) und die Restauratorin Josefine Echensperger (Bayerisches Hauptstaatsarchiv) in Köln, vom 25. bis 29. Mai die Archivare Michael Puchta (Bayerisches Hauptstaatsarchiv), Dr. Claudia Kalesse, Thomas Steck (beide Staatsarchiv Augsburg), Achim Paulus, Thorsten Pecher und Dr. Martin Schramm (alle drei Staatsarchiv Bamberg) sowie die Restauratorin Katharina Läsing (Bayerisches Hauptstaatsarchiv).

Insgesamt halfen in Köln im April und Mai somit 21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den staatlichen Archiven Bayerns.

Vorbereitungsdienst 2007/2010
des gehobenen Archivdienstes

Staatsminister Dr. Heubisch eröffnet Ausstellung „Helle Köpfe“ im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Der Gründung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vor 250 Jahren wurde in diesem Jahr in zahlreichen Veranstaltungen und Ausstellungen gedacht. Das Bayerische Hauptstaatsarchiv hat der Akademiegeschichte unter dem Titel „Helle Köpfe. Die Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1759–2009“ eine umfangreiche Ausstellung gewidmet (s. unten S. 33).

Bei der Eröffnung der Ausstellung am 31. März 2009 konnte die Leiterin der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns Dr. Margit Ksoll-Marcon rund 250 Gäste begrüßen, darunter Staatsminister Dr. Heubisch, den Präsidenten der Akademie Prof. Dr. Willoweit und dessen Vorgänger Prof. Dr. Heinrich Nöth sowie zahlreiche Vertreter der Kommissionen der Akademie.



Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Margit Ksoll-Marcon und Prof. Dr. Otto Meitinger

Der Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Prof. Dr. Dietmar Willoweit dankte in seinem Grußwort den staatlichen Archiven Bayerns für die Bereitschaft zu Ausstellung und Begleitband, insbesondere dem früheren Akademiearchivar Prof. Dr. Dr. habil. Reinhard Heydenreuter und der derzeitigen Leiterin des Archivs der Akademie Dr. Sylvia Krauß.

Der Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Wolfgang Heubisch, betonte in seiner Eröffnungsansprache die Bedeutung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in Vergangenheit und Gegenwart und wünschte ihr gutes Gedeihen für die kommenden 250 Jahre. Die Akademiegründung im Jahr 1759 gelang in einem durch Kriege verarmten Land mit finanziell karger Ausstattung. „Etliche von den Gründern und

Ideengebern der ersten Jahrzehnte mögen in dem Bewusstsein gehandelt haben, dass sich Identität und Integrität eines Staates dauerhafter durch kulturelle Strahlkraft, durch wissenschaftliche Leistungen sichern lassen, als durch Machtpolitik“.



v.l.n.r.: Prof. Dr. Otto Meitinger, Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch und Dr. Gerhard Hetzer

Im Anschluss umriss Dr. Gerhard Hetzer, Direktor des Hauptstaatsarchivs, schlaglichtartig die bewegte Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die zugleich eine Wissenschaftsgeschichte Bayerns ist.

Der zur Ausstellung erschienene Begleitband, in dem ein großer Teil der Exponate farbig abgebildet ist, umfasst 300 Seiten. Neben den Bearbeitern Prof. Heydenreuter und Dr. Krauß waren zahlreiche weitere Autoren beteiligt, vor allem Mitarbeiter der Akademie sowie der zeitweilig zur Akademie gehörigen staatlichen Sammlungen. Acht der gegenwärtig 41 Kommissionen der Akademie erhielten im Band die Gelegenheit, ihre Geschichte und gegenwärtige Arbeit vorzustellen.

Im Begleitprogramm zur Ausstellung hielten die beiden Ausstellungsbearbeiter und drei Mitarbeiter der Akademie im Hörsaal des Bayerischen Hauptstaatsarchivs Vorträge. Prof. Reinhard Heydenreuter und Dr. Sylvia Krauß beleuchteten das Verhältnis des Bayerischen Landtages zur Bayerischen Akademie der Wissenschaften bis 1848 und das Leben der Prinzessin Therese von Bayern und deren Wahl zum Ehrenmitglied der Akademie. Dr. Edith Hanke schilderte die Entstehungsgeschichte der bis heute zitierten Schrift „Politik als Beruf“ von Max Weber. Dr. Bernhard Ebnetz stellte die Arbeit der Neuen Deutschen Biographie vor. Dr. Heidi Escher-Vetter behandelte Gletscher als „historische Archive und interdisziplinäre Forschungsobjekte“.

Christian Kruse

„Bayerischer Janus 2009“ geht an Dr. Reinhard Dörfler

Im Rahmen eines Festakts, der aus Anlass des 6. Bayerischen Archivtags am 15. Mai im Stadtsaal in Kaufbeuren stattfand, ist Dr. Reinhard Dörfler, ehemaliger Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern mit dem „Bayerischen Janus 2009“ ausgezeichnet worden. Der Anerkennungspreis, der alle zwei Jahre durch den Bayerischen Archivtag verliehen wird, wurde Dr. Dörfler in Vertretung für den Bayerischen Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Wolfgang Heubisch durch den Amtschef des Ministeriums, Ministerialdirektor Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler, überreicht. Die Jury hatte Dr. Dörfler als diesjährigen Preisträger ausgewählt, um ihn für seine hervorragenden Verdienste um das Bayerische Wirtschaftsarchiv zu ehren.



In seiner Laudatio würdigte Dr. Rothenpieler das große persönliche Engagement des Preisträgers, mit dem dieser sich für die Interessen des Bayerischen Wirtschaftsarchivs eingesetzt, sein Ansehen bei den bayerischen Unternehmen gefördert und auch selbst Archivbestände eingeworben habe. Schon frühzeitig habe Dr. Dörfler eine zeitgemäß und professionell gestaltete Präsentation des Archivs und seiner Bestände im Internet ermöglicht. Des Weiteren habe er das Archiv auf eine solide finanzielle Basis gestellt und für eine Ausweitung der ihm zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten gesorgt. Die Einführung eines Qualitätsmanagementsystems im Bayerischen Wirtschaftsarchiv sowie dessen offizielle Zertifizierung gehen eben-

falls auf die Initiative Dr. Dörflers zurück. Mit all diesen Weichenstellungen habe der Preisträger das Bayerische Wirtschaftsarchiv zu einer leistungsfähigen und serviceorientierten Einrichtung für die Sicherung und Bewahrung wertvollen Archivguts der bayerischen Wirtschaft gemacht. Besonderen Wert habe er dabei auch auf Transparenz im Umgang mit der hauseigenen Geschichte gelegt, vor allem mit der Rolle der Industrie- und Handelskammer in der Zeit des Nationalsozialismus.

Der Preis besteht in einer Kleinplastik, die das Janus-Motiv auf kunstvolle Weise visualisiert: Eine massive Glashalbkugel mit darin eingeschmolzenen Silberplättchen symbolisiert das Archiv als sicheren, verschlossenen Ort, der sich dem Betrachter zuwendet und öffnet. In der Mitte ist eine Vertiefung eingebracht, in der ein Janus-Kopf aus Metall mit einem alten und einem jungen Gesicht liegt. Die Doppelgesichtigkeit steht für Vergangenheit und Zukunft und damit auch für beide

Blickrichtungen des Archivars. Geschaffen haben den Preis die Graveurin Helena Schlegel sowie die Glas- und Porzellanmaler Gracia Wanski und Samuel Behringer, alle drei Schülerinnen bzw. Schüler des zweiten Jahrgangs der Staatlichen Berufsfachschule für Glas und Schmuck in Kaufbeuren-Neugablonz.

Maria Rita Sagstetter

v.l.n.r.: Gracia Wanski, Samuel Behringer, Dr. Reinhard Dörfler, Dr. Margit Ksoll-Marcon, Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler und Helena Schlegel (Foto: Katina Kell/Kreisbote)

Neue Verzeichnungsrichtlinien für Akten und Urkunden

Mit Beginn des Jahres 2009 gelten bei den staatlichen Archiven Bayerns neue Richtlinien für die Verzeichnung von Akten und Urkunden. Die Richtlinien sind auf der Webpräsenz der staatlichen Archivverwaltung (www.gda.bayern.de) im Bereich „Fachinformationen/Erschließung“ abrufbar. Im Laufe dieses Jahres werden außerdem Richtlinien für die Verzeichnung von Amtsbüchern erarbeitet. Sämtliche Richtlinien sollen – auch im Hinblick auf Internetpräsentationen und

internationale Erschließungsstandards – der Vereinheitlichung dienen.

Die Richtlinien für die Verzeichnung von Akten ersetzen ältere Vorschriften aus der Mitte der siebziger Jahre und bilden künftig den Verzeichnungsstandard sowohl für Akten der frühen Neuzeit als auch für Akten ab dem 19. Jahrhundert. Angesichts der umfangreichen Aktenabgaben der Behörden, denen sich die staatlichen Archive gegenübersehen, sollen die Akten auf Basis der Richtlinien schlanker erschlossen werden, namentlich um die knapper werdenden personellen Ressourcen gezielter einzusetzen. Die Richtlinien dienen zugleich dem Abbau von Verzeichnungsrückständen, auch im Bereich der älteren Akten vor 1800, die nach den Provenienzanalysen im Zuge der Beständeformierung und damit verbunden, der Bildung von Akten in der Regel neu verzeichnet werden müssen.

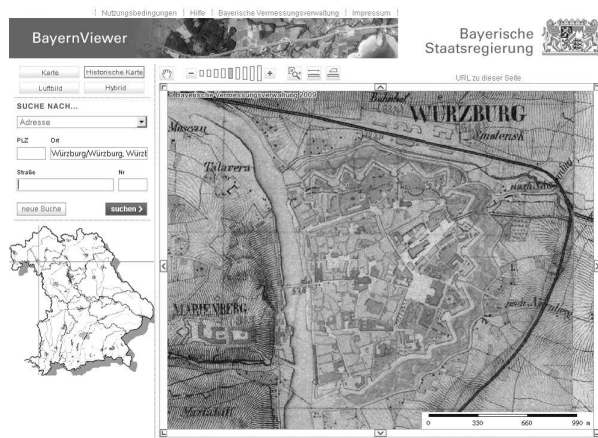
Die Richtlinien für die Verzeichnung von Urkunden machen in ähnlicher Weise die Anfertigung von Kurzregesten für Urkunden verbindlich. Nur in begründeten Ausnahmefällen sollen umfassendere Erschließungen möglich sein. Die Regestierungsrichtlinien stehen übrigens in einer älteren bayerischen Tradition, veröffentlichte doch das Bayerische Staatsministerium des Innern bereits im Jahr 1898 eine „Instruktion zur Anfertigung von Regesten“, bei der es sich um die älteste amtliche Veröffentlichung von Regestierungsrichtlinien im deutschen Sprachraum gehandelt haben dürfte.

Joachim Kemper

ARK-Arbeitsgruppe „Elektronische Systeme in Justiz und Verwaltung“ unter bayerischem Vorsitz

Die Archivreferentenkonferenz des Bundes und der Länder hat im Jahr 2000 die Arbeitsgruppe „Elektronische Systeme in Justiz und Verwaltung“ begründet mit dem Arbeitsauftrag, archivfachliche Anforderungen an elektronische Systeme, die bei Registraturbildnern im Einsatz sind, zu formulieren. Die Generaldirektion gehörte der Arbeitsgruppe seit ihrem Beginn an. Die Vorsitzende, Frau Archivdirektorin Dr. Andrea Wettmann stellte das Amt nach ihrer Ernennung zur Stellvertretenden Leiterin der Sächsischen Staatsarchive zur Verfügung. Die Archivreferentenkonferenz folgte in ihrer Frühjahrssitzung dem Vorschlag der Arbeitsgruppe und bestellte Herrn Archivdirektor Dr. Bernhard Grau zum neuen Vorsitzenden.

Margit Ksoll-Marcon



Das Bayerische Landesvermessungsamt stellt die Urpositionsblätter über den BayernViewer online zur Verfügung

Wie bereits im letzten Nachrichtenheft (Nr. 55, Dezember 2008, S. 5) gemeldet, hat das Bayerische Landesvermessungsamt dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv im vergangenen Jahr 991 Urpositionsblätter zur Verwahrung übergeben. Die handgezeichneten Karten stammen aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und stellen einen Meilenstein in der Geschichte der topographischen Landesaufnahme dar. Vor Übergabe an das Archiv wurden die Blätter durch das Bayerische Landesvermessungsamt vollständig digitalisiert, so dass sie bereits seit einiger Zeit über die Bayerische Landesbibliothek Online für den Aufruf im Internet zur Verfügung gestellt werden konnten. Nun sind die Urpositionsblätter zusätzlich in den BayernViewer der Landesvermessungsverwaltung eingestellt worden, über den die Landesvermessungsverwaltung schon seit Jahren hochwertige Karten und aktuelle Luftbilder allgemein zugänglich macht (<http://www.geodaten.bayern.de/BayernViewer/index.cgi>). In diesem Rahmen wird auch für die Urpositionsblätter künftig ein erweiterter Benützungskomfort angeboten. So kann der interessierte Internetnutzer nicht nur gezielt nach einzelnen Orten suchen, sondern sich zugleich innerhalb des Kartenwerks bewegen, ohne Rücksicht auf den ursprünglichen Blattschnitt nehmen zu müssen. Von großem Vorteil ist es zudem, dass problemlos zwischen der historischen, der entsprechenden aktuellen Kartendarstellung sowie dem Luftbild hin und her gewechselt werden kann. Historiker werden es außerdem zu schätzen wissen, dass mit Hilfe entsprechender Werkzeuge Strecken und Flächeninhalte berechnet werden können. Das Angebot ist für jedermann frei zugänglich und steht kostenfrei zur Verfügung.

Bernhard Grau

Veranstaltungen

Vortragsreihe zu Papst Pius XII. in München

Gemeinsam mit dem Stadtarchiv München und dem Archiv des Erzbistums München und Freising veranstaltete die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns im März und April 2009 eine Vortragsreihe zur Ausstellung „OPUS IUSTITAE PAX. Eugenio Pacelli – Pius XII. (1876–1958)“. Die anlässlich des 50. Todestages vom Päpstlichen Komitee für Geschichtswissenschaften konzipierte Ausstellung über den wohl umstrittensten Papst des 20. Jahrhunderts war nach Stationen in Rom und Berlin nun auch in München zu sehen.

Begleitend wurden einzelne Facetten der Amtszeit Pius' XII. in vier Vorträgen renommierter Wissenschaftler ausgeleuchtet: So erläuterte Franz Xaver Bischof (München) das Verhältnis des Papstes zur Moderne. Thomas Brechenmacher (Potsdam) legte die Stellung zu den Juden dar und versuchte dabei nicht nur, die theologischen Grundlagen aufzuzeigen, sondern auch Zielsetzungen und Handlungsspielräume der diesbezüglichen Politik des Papstes zu sondieren. Den unmittelbaren Bezug zu München stellte Heinz Hürten (Eichstätt) her, der die engen und freundschaftlichen, dabei immer von den Zwängen der kirchlichen Hierarchie bestimmten Beziehungen Pacellis bzw. Pius' zum Münchner Erzbischof Michael Kardinal von Faulhaber erläuterte. Hans Maier (München) war in seiner dreifachen Eigenschaft als Zeitzeuge, geschichtspolitischer Protagonist und Wissenschaftler besonders dazu berufen, dem Urteil der Nachwelt über Pius XII. nachzuspüren.

Eindrucksvoll kontrastierte er die weltweiten Reaktionen beim Tod des Papstes mit den völlig gegensätzlichen Auffassungen, die sich seit den 1960er Jahren in Gesellschaft und Geschichtswissenschaft über die Rolle Pius' XII. bei der Verfolgung der Juden im Zweiten Weltkrieg durchzusetzen begannen. Im Mittelpunkt stand dabei Rolf Hochhuths Drama „Der Stellvertreter“, das auch mehr als vierzig Jahre nach seiner Erstaufführung 1963 nichts von seiner provozierenden Wirkung eingebüßt zu haben scheint und als Auslöser für die radikale Umdeutung Pacellis zu „Hitler's Pope“ schon bei den vorausgegangenen drei Vorträgen immer wieder Bezugspunkt von Referenten und Diskutanten gewesen war. Einhelligkeit herrschte dagegen in der gespannten Erwartung, was die baldige Freigabe der Vatikanischen Archive bis zum Jahr 1958 für neue Einsichten in die Biographie Papst Pius' XII. erlauben wird.

Dass das Thema insgesamt auf reges Interesse gestoßen ist, war an den Besucherzahlen nicht nur der Ausstellung, sondern gerade auch der Vorträge abzulesen. Regelmäßig war der Hörsaal des Bayerischen Hauptstaatsarchivs bis auf die letzten der rund 200 Sitze gefüllt, und die Gelegenheit zur Diskussion fand regen Zuspruch. Umso erfreuter wurde die Ankündigung des Direktors des Archivs des Erzbistums München und Freising Dr. Peter Pfister aufgenommen, die Publikation der Vorträge in der Schriftenreihe des Erzbistums noch in diesem Jahr zu ermöglichen.

Michael Unger

Tagungen

6. Bayerischer Archivtag in Kaufbeuren befasst sich mit dem Standort der Archive in der vernetzten Welt

Das Internet ist als Medium für Information und Kommunikation inzwischen aus vielen Bereichen des täglichen Lebens nicht mehr wegzudenken. Mit seiner zunehmenden Verbreitung und Popularität sind auch die Ansprüche gewachsen. Analog zu dem alten Rechtspruchwort „Quod non est in actis, non est in mundo“ möchte man heute behaupten: „Was nicht im Netz ist, ist nicht in der Welt.“ Was bedeutet dies für die Rolle der Archive in der modernen Informationsgesellschaft? Welche Chancen bietet das Internet den Archiven, um in

der breiten Öffentlichkeit besser wahrgenommen zu werden und durch Online-Präsentation von Findmitteln und Archivalien die Zugriffsmöglichkeiten auf ihre Bestände zu erleichtern? Welche rechtlichen Probleme ergeben sich daraus und welche Anforderungen sind an die zeitgemäße Kompetenz der Archivarinnen und Archivare zu stellen?

Mit diesen Fragen befasste sich der 6. Bayerische Archivtag, der unter dem Motto „Kompetenzzentrum Archiv. Die Archive in der vernetzten Welt“ vom 15. bis 17. Mai in Kaufbeuren stattfand. Bei der Eröffnungsveranstaltung am Samstag konnte Dr. Margit Ksoll-Marcon, Leiterin der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns,

rund 190 Archivarinnen und Archivare aus Bayern und den benachbarten Regionen als Tagungsteilnehmer begrüßen. Prof. Dr. Helmuth Trischler, Forschungsdirektor des Deutschen Museums, führte mit seinem Vortrag „Vernetzte Welt: Leer- oder Leitformel“ in das Thema des Archivtags ein.

Die erste Arbeitssitzung unter Leitung von Dr. Bernhard Grau (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) war den Kulturportalen und den damit verknüpften Problemen und Chancen gewidmet. Dr. Joachim Kemper (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) gab einen Überblick über Archivportale in Deutschland und informierte über aktuelle Entwicklungen. Dr. Markus Brantl (Bayerische Staatsbibliothek) stellte die Bayerische Landesbibliothek online als Beispiel für ein regionales Kulturportal vor. Unter dem Titel „Findmittel im Netz: Vorzug oder Nachteil – für wen?“ beleuchtete Dr. Robert Zink (Stadtarchiv Bamberg) Anforderungen und Probleme, die die digitale Bereitstellung von Verzeichnungsdaten für die Archivarbeit bedeutet, und fragte nach Veränderungen im Nutzerverhalten. Volker Laube M.A. (Archiv des Erzbistums München und Freising) referierte über Planungen von Bistumsarchiven für die Internetpräsentation von Pfarrmatrikeln, von der vor allem Familienforscher profitieren können, sowie über grundsätzliche Fragen der praktischen Umsetzung, für die sich aktuell noch keine befriedigende Lösung abzeichne. Vor allem rechtliche Probleme der Realisierung hatte Werner Jürgensen M.iur.utr. (Landeskirchliches Archiv der ELKB) im Blickfeld, der abschließend das Kirchenbuchportal vorstellte, eine im Entstehen befindliche Plattform, die über den Bestand an Kirchenbüchern in deutschen kirchlichen und staatlichen Archiven informieren soll.

Die zweite Arbeitssitzung, die von Dr. Michael Stephan, Leiter des Stadtarchivs München, moderiert wurde, befasste sich mit Aspekten zeitgemäßer Kompetenz des archivischen Berufsstandes. Zunächst erläuterten Dr. Margit Ksoll-Marcon, Dr. Frank M. Bischoff und Prof. Dr. Susanne Freund, wie die Ausbildungsmodelle an der Bayerischen Archivschule, der Archivschule Marburg und der Fachhochschule Potsdam den Anforderungen, mit denen Archivarinnen und Archivare in Zeiten von Internet und Digitalisierung konfrontiert werden, Rechnung zu tragen versuchen. Hans-Joachim Hecker (Stadtarchiv München) stellte die provokative Frage „Erlaubt ist, was gefällt?“ und ging exemplarisch auf die juristische Problematik der archivischen Internetnutzung ein. Dr. Wilhelm Füßl (Archiv des Deutschen Museums) schließlich sprach sich unter dem Titel „Sammlungsgut in

Archiven – Strategien zu einer verteilten Sammlungspolitik“ für Schwerpunktsetzungen und Spezialisierungen bei der Erwerbung, Erschließung und Erhaltung von Sammlungsgut aus und empfahl, die daraus resultierenden Sammlungsprofile zu dokumentieren.

Im Rahmen des Bayerischen Archivtags fanden auch wieder Treffen einzelner Archivarsgruppen statt. Die Arbeitsgemeinschaft bayerischer Kommunalarchivare versammelte sich zu ihrer 43. Jahrestagung. Parallel dazu befassten sich die Archivare an Hochschularchiven und Archiven wissenschaftlicher Einrichtungen mit dem Thema „Notfallplanung“. Beim Treffen der Kirchenarchivare referierte Dr. Erwin Naimer, Archiv des Bistums Augsburg, über „Öffentlichkeitsarbeit durch Zufall“, Dr. Andrea Schwarz, Landeskirchliches Archiv der ELKB, erläuterte „Kirchliche Archivpflege am Beispiel des Kirchenarchivs Kaufbeuren“.

Die Vorträge des Archivtags werden wieder in der Zeitschrift „Archive in Bayern“ veröffentlicht werden, deren nächste Ausgabe für Herbst geplant ist.

Maria Rita Sagstetter

Workshop des DFG-Projekts „Schriftlichkeit in süddeutschen Frauenklöstern“

Am 17. März 2009 kamen die Projektpartner des DFG-Projekts „Schriftlichkeit in süddeutschen Frauenklöstern“ im Bayerischen Hauptstaatsarchiv zu einem Workshop zusammen, der dem Thema „Leitfragen und Erschließungsverfahren“ gewidmet war. Am Workshop nahmen knapp 20 Personen teil, darunter Mitarbeiter des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und der Bayerischen Staatsbibliothek.

Zu Beginn der Sitzung stellte Dr. Silvia Strodel (Bayerisches Hauptstaatsarchiv) das von ihr angewandte Erschließungsverfahren anhand einiger Urkundenregesten aus dem ehemaligen Benediktinerinnenkloster Neuburg an der Donau vor. Der Urkundenbestand des Dominikanerinnenklosters Altenhohenau wird zurzeit über einen maschinenschriftlichen Regestenband durch Daniel Russell (Bayerisches Hauptstaatsarchiv) bearbeitet. Die Regestierung der Urkunden des Klosters Altmünster sowie der Urkunden des Pütrichhauses und des Angerklosters in München stehen noch aus.

Im weiteren Verlauf des Vormittages erläuterte Dr. Bettina Wagner (Bayerische Staatsbibliothek) anhand eines mittelalterlichen Einnahmenbuchs aus dem Kloster Altenhohenau die Katalogisierung, Digitalisierung und mediale Erschließung

der deutschen Klosterhandschriften in der BSB. Den kodikologischen und historischen Hintergrund dieser Handschrift erschloss Melanie Hömberg M.A. (München/Münster) dem Plenum. So wurden zum Beispiel alle wertvollen Roben der Tochter Herzog Georgs des Reichen bei ihrem Klostereintritt 1494 in das Buch mitaufgenommen und deren Weiterverarbeitung zu Messgewändern dokumentiert. Die Bearbeitung der lateinischen Handschriften wurde anhand einer Predigten-sammlung von Dr. Anja Freckmann (Bayerische Staatsbibliothek) dargelegt.

Am Nachmittag wurden Leitfragen der historischen Quellenerschließung am Beispiel von Altenhohenau besprochen. Besonders die Oberbegriffe Reform, Klausur, Lebensbedingungen und Verwaltung sind hierbei für das Projekt von Interesse. Schließlich beleuchtete Dr. Almut Breitenbach (Münster) die Klosterbibliotheken näher.

Die Digitalisierung der im Projekt einbezogenen Bestände ist fast abgeschlossen. Im Hauptstaatsarchiv wurden alle Urkunden digitalisiert sowie die Literalien (Amtsbücher und gebundene Handschriften) von Altenhohenau und Altomünster; mit den Literalien des Angerklosters wurde begonnen, die des Pütrichhauses und von Neuburg a.D. stehen noch aus. In der Staatsbibliothek werden derzeit die Handschriften vom Mikrofilm aus digitalisiert, zusätzlich werden Originale auch gescannt. Das nächste Projekttreffen wird voraussichtlich im Juni 2009 in Altomünster stattfinden.

Daniel Russell

Kolloquium zur Geschichte deutscher Länder 1945–1995 in München

Der Landeszeitgeschichte auf den Zahn gefühlt haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Kolloquiums am Münchener Institut für Bayerische Geschichte am 26./27. März 2009. Neben dem Institut war die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns als Mitveranstalter beteiligt.

Der Anstoß für diese Tagung war der Befund eines auffallend geringen Stellenwerts der Länder in der jüngsten Zeitgeschichtsforschung, der sich umso merkwürdiger ausnimmt, als die Staatlichkeit nach 1945 ganz wesentlich aus den Ländern heraus erneuert worden war und bis heute geprägt wird. Mühelos konnte folglich das gediegene Rahmenprogramm (Exkursion nach Herrenchiemsee, gemeinsames Abendessen mit Staatsminister Dr. Siegfried Schneider im Prinz Carl-Palais) mit einer nicht weniger ambitionierten Tagesordnung gefüllt werden. Auf ihr standen neben gesellschaftshistorischen Fragestellungen die Entwicklung von Verfassung, Parlament und Verwaltung, die Gestaltung klassischer Kompetenzfelder der Landespolitik und Formen der „Außenpolitik“ am Beispiel ausgewählter Bundesländer (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein). Den Anfang machten jedoch zwei Beiträge über die Landesarchive in Ost und West, die trotz manch anderslautender Aussagen als „Häuser der Zeitgeschichte“ (Dr. Ksoll-Marcon) zu gelten haben. Während Dr. Jürgen Rainer Wolf (Sächsisches Staatsarchiv) die archivischen Transformationen von der SBZ bis zu den „neuen“



Bundesländern skizzierte, schilderte Dr. Margit Ksoll-Marcon (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) die Entwicklung in den alten Bundesländern und erläuterte Grundzüge der Aufbauorganisation und der Beständegeschichte, die berufsständische Vertretung sowie nicht zuletzt die Neufundierung durch die Archivgesetzgebung seit den 1980er Jahren. Letzterer, für die Zeitgeschichtsforschung besonders relevante Aspekt wie auch die Ausführungen zur Überlieferungsbildung durch horizontale und vertikale Bewertung, Samplebildung u.Ä. stießen bei den Historikern auf besonderes Interesse. Eine rege Diskussion offenbarte manche Wissenslücke in Historikerkreisen über Grundzüge archivischer Überlieferungsbildung, die ja letztlich über die Grundlagen späterer Forschung bestimmen, und über die damit verbundenen Herausforderungen und Zwänge der Archive (Stichwort: Rechnungsprüfung). Bestätigt wurde damit die Notwendigkeit einer wirkungsvollen Vernetzung zwischen Archivaren und Historikern, die im beiderseitigen Interesse liegt. Dass sich daraus auch künftig vielfältige Verbindungen ergeben werden, wurde bei der abschließenden Inventur der Forschungsdesiderate klar: Die Verortung der Länder in einer globalisierten Welt wurde hier ebenso genannt wie die genauere Untersuchung der „Staatlichkeit“ der Länder, die vergleichende Analyse wichtiger Politikfelder, namentlich der Bildungs- und der Wirtschaftspolitik sowie der Landespolitik im Bund; darüber hinaus soll eine Periodisierung der Landesgeschichte nach 1945 erfolgen. Insgesamt wurden vielfältige Perspektiven aufgezeigt, und man darf hoffen, dass die Forschung die in München gegebenen Impulse rasch aufgreift. Ein geeignetes Forum für die Erörterung neuer Ergebnisse wäre jedenfalls das von Dr. Ksoll-Marcon angeregte Folgekolloquium über Strukturreformen in den Ländern nach 1945.

Michael Unger

Staatliche Archive präsentieren auf dem Ersten Bayerischen Anwenderforum ihre Planungen zum Digitalen Archiv

Am 19. und 20. Mai 2009 fand im Bayerischen Landtag das Erste Bayerische Anwenderforum der Firma Infora statt. Es stand unter der Schirmherrschaft von Landtag und Staatskanzlei. Es war als Plattform gedacht, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der bayerischen Landes- und Kommunalverwaltung Gelegenheit zu geben, aktuelle Entwicklungen der eGovernment-Strategie und einschlägige Projekterfahrungen zu diskutieren. Dabei bot es Einblick in laufende eGovernment-

Projekte aus dem Bereich der staatlichen Behörden und Gerichte sowie sonstiger öffentlicher Stellen. So präsentierte etwa die Bundesagentur für Arbeit ihr IT-Konzept, während das Bayerische Staatsministerium der Finanzen ein neues Bund-Länder-Projekt zur Realisierung der elektronischen Steuerakte (KONSENS) vorstellte. Für die Kommunalverwaltung waren vor allem die Pläne zur elektronischen Unterstützung der Kfz-Zulassung, der Umgang mit den Meldedaten sowie die Ankündigung von Interesse, dass für das Personenstandswesen ein zentrales Landesregister aufgebaut werden wird.

Daneben wurden auf dem Anwenderforum auch Grundsatzfragen des IT-Einsatzes wie Standardisierung, Datenschutz oder die Anbietung von Shared Services, das heißt die zentralisierte Anbietung von Dienstleistungen, thematisiert. Aus Sicht der Archive verdiente dabei vor allem das Fachforum 5 Aufmerksamkeit, das sich mit den Wechselwirkungen der Informationstechnologie einerseits und den Geschäftsprozessen in den Behörden andererseits auseinandersetzte. Dabei wurde einmal mehr deutlich, welche fundamentale Veränderungen die elektronische Vorgangsbearbeitung für die Arbeitsabläufe in den Behörden mit sich bringt. Daraus wurde zugleich die Forderung nach einer Anpassung der oft noch auf analoge Arbeitsweisen abgestellten Geschäftsordnungen abgeleitet. In Verbindung damit wurde darauf hingewiesen, welche hohe Anforderungen an eine rechtskonforme Vorgangsbearbeitung und Aktenführung zu stellen sind. So können etwa die sorgfältige Erfassung von Metadaten zu Akten, Vorgängen und Dokumenten sowie die Verwendung von Aktenplänen keineswegs als Selbstzweck angesehen werden.

Ein eigenes Fachforum war der Frage der Langzeitspeicherung und Archivierung digitaler Unterlagen gewidmet. In diesem Rahmen hatte die Generaldirektion Gelegenheit, darauf hinzuweisen, dass die staatlichen Archive nicht nur für alte Urkunden, Amtsbücher und Akten zuständig sind, sondern sich auch als Hüter der digitalen Überlieferung verstehen, ja punktuell bereits elektronische Verwaltungsunterlagen übernommen haben. Es wurde deutlich gemacht, dass sich die Pflicht der Behörden zur Anbietung und Übergabe ihres elektronischen Schriftguts schlüssig aus dem Bayerischen Archivgesetz und der Aussonderungsbeurteilung der bayerischen Staatsregierung ableiten lässt. Um dem Auftrag zur Aussonderung und Übernahme des elektronischen Schriftguts in umfassender Weise gerecht werden zu können, ist der Aufbau eines Digitalen Archivs erforderlich.

Die Umsetzung dieses derzeit noch im Planungsstadium befindlichen Projekts wird voraussichtlich in diesem Jahr in Angriff genommen. Auf der Veranstaltung konnte deutlich gemacht werden, dass die Bildung einer digitalen Überlieferung eine enge Kooperation zwischen abgebenden Stellen und Archiven voraussetzt, wobei schon bei Einführung elektronischer Systeme bestimmte Mindestanforderungen an die Langzeitspeicherung elektronischer Daten zu berücksichtigen sind. An-

gesichts langer Aufbewahrungsfristen müssen auch die Behörden selbst ein Interesse daran haben, diesen Erfordernissen gerecht zu werden. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Beratungsangebote der Archive hingewiesen, die sich als Kompetenzzentren für Fragen der Schriftgutverwaltung und der Langzeitspeicherung verstehen.

Bernhard Grau

Schriftgutverwaltung

Fortbildung der Aussonderungsreferenten der staatlichen Archive Bayerns

Am 6. Mai 2009 hatte die Generaldirektion zu einem Meinungsaustausch in Sachen Aktenaussonderung nach München eingeladen. Gezielt angesprochen wurden die Referenten für die Aktenaussonderung bei den Behörden der Inneren Verwaltung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und in den Staatsarchiven. 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen an der Fortbildungsveranstaltung teil. Deren Ziel war es nicht zuletzt, die Bedeutung der Aktenaussonderung im Aufgabenspektrum der staatlichen Archive herauszustellen. Nicht wieder gutzumachende Überlieferungsverluste lassen sich nur durch eine bewusste und vorausschauende Aussonderungstätigkeit vermeiden. Eine sorgfältige und strenge Auswahl der archivwürdigen Unterlagen sorgt zugleich dafür, dass der Aufwand für die Verwahrung, Sicherung, Erhaltung, Erschließung und Nutzbarmachung des Archivguts im zwingend erforderlichen Rahmen gehalten werden kann.

Die zu Beginn der Veranstaltung thematisierte Frage nach Verfahren, Methoden und Strategien der Aussonderung machte deutlich, dass die Verständigung auf einheitliche Grundsätze nur durch einen kontinuierlichen fachlichen Austausch gelingen kann. Vor dem Hintergrund anhaltend lebhafter Debatten über die Bewertungsmaßstäbe der Archive in den Fachorganen bleibt festzuhalten, dass mit dem Verfahren der horizontalen und vertikalen Bewertung eine Arbeitsgrundlage zur Verfügung steht, die für die staatlichen Archive den verbindlichen Rahmen bildet. Dies schließt das in Bayern institutionell verankerte Mehraugenprinzip mit ein, das durch die Beteiligung der Generaldirektion eine gleichmäßige Übernahmepraxis absichern und die Berücksichtigung überregionaler Aspekte gewährleisten soll.

Den zweiten Teil der Veranstaltung eröffneten Erfahrungsberichte über Aussonderungen beim Innenministerium und bei der Obersten Baubehörde, bei den Regierungen sowie den Bauämtern. Dadurch sowie durch den anschließenden Erfahrungsaustausch wurde deutlich, dass die Aktenaussonderung trotz präziser rechtlicher Vorgaben nach wie vor ein hochkomplexes Aufgabengebiet darstellt, das vom Archivar immer wieder Antworten auf wechselnde Herausforderungen verlangt. Eine gewisse Normierung und Arbeitserleichterung geben die von den Teilnehmern eingeforderten Bewertungskataloge und Archivierungsvereinbarungen. Sie führen insofern zu Rationalisierungseffekten als Unterlagen, die als nicht archivwürdig eingestuft werden, künftig nicht mehr angeboten und bewertet werden müssen. Dass diese Zielrichtung in Zukunft weiterverfolgt wird, wurde am Beispiel der Regierungen und der Baubehörden verdeutlicht. Während der aus den 1980er Jahren stammende Bewertungskatalog für die Regierungen inzwischen aktualisiert werden konnte, befindet sich die vollständige Neubearbeitung des Bewertungskatalogs für die staatliche Bauverwaltung ebenfalls schon in einem fortgeschrittenen Stadium.

Abschließend konnte in aller Kürze auch die Frage der Archivierung digitaler Akten und der Übernahme von Daten aus elektronischen Fachverfahren angerissen werden. Am Beispiel der Landratsämter wurde verdeutlicht, dass die Betreuung der Unterbehörden nicht zentral durch die Generaldirektion erfolgen kann, da sie sich keiner einheitlichen Verfahren bedienen. Demzufolge muss die Beratung und Unterstützung bei der Produkteinführung durch die Staatsarchive gewährleistet werden. Als Hilfsmittel konnte eine in erster Entwurfsfassung vorliegende Handreichung vorgestellt werden, die speziell auf die Bedürfnisse der Landratsämter zugeschnitten sein wird.

Bernhard Grau

Kommunal- und Staatsarchive beginnen mit der Übernahme der Personenstandsunterlagen

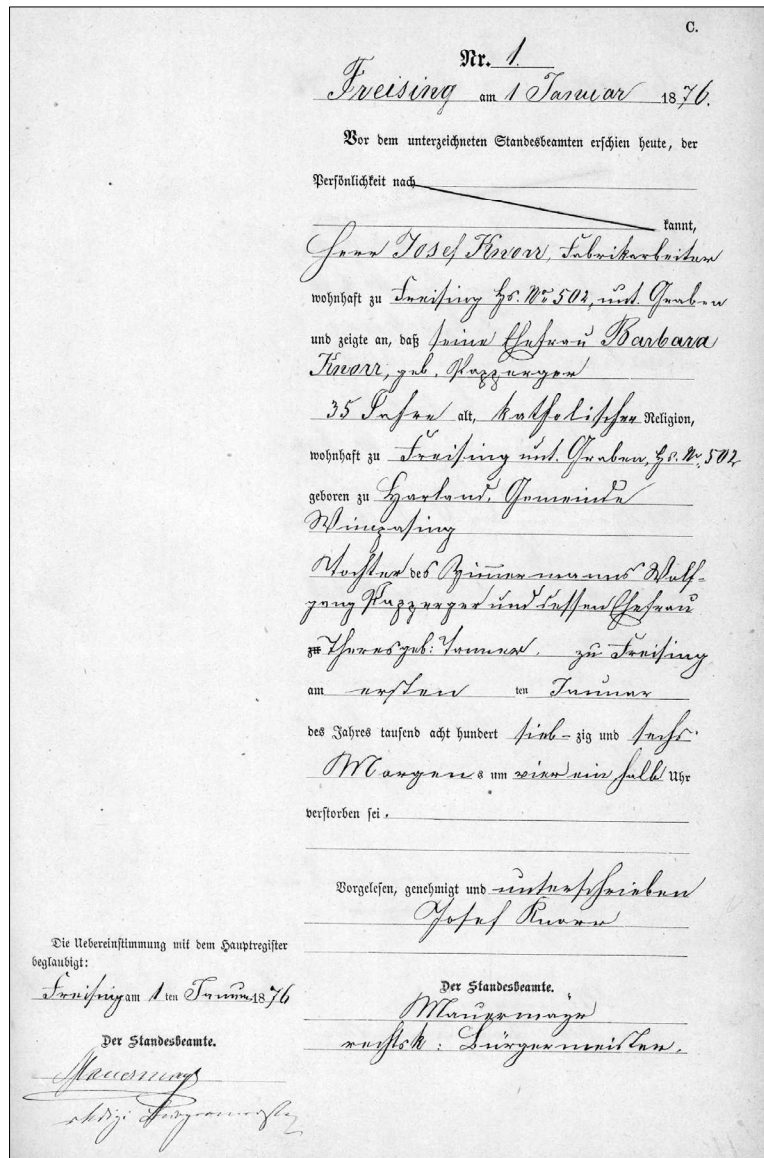
Die bereits im letzten Heft angekündigte Aussonderung der Personenstandsunterlagen tritt nun in die Phase ihrer Umsetzung. In vielen Kommunalarchiven hat die Übernahme der Erstschriften der Geburts-, Ehe- und Sterbebücher sowie der Sammelakten begonnen, soweit deren Fortführungsfristen bereits abgelaufen sind. Die Staatsarchive übernehmen hingegen seit Jahresanfang die bei den Landratsämtern verwahrten Zweitschriften der Personenstandsbücher. Es ist davon auszugehen, dass allein von den Landratsämtern rund 1,5 bis 2 Kilometer der entsprechenden Unterlagen an die Staatsarchive abgegeben werden können. Bedenkt man, dass die besonders umfangreiche Überlieferung der kreisfreien Städte dabei ausgeklammert bleibt, wird der enorme Umfang des standesamtlichen Schriftguts erst richtig deutlich. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass sich der Prozess der Übernahme vor allem bei den Staatsarchiven über einen längeren Zeitraum hinziehen wird. Außerdem ist künftig mit einer kontinuierlichen Übergabe von Folgejahrgängen zu rechnen.

Wie sich zeigt, sorgt die Aussonderung der Standesamtsunterlagen vor allem bei den kleinen und mittleren Kommunalarchiven für einen Professionalisierungsschub. Auch dort, wo die Bücher und Sammelakten in der Obhut der Standesbeamten belassen werden, muss die Benützung dieser Unterlagen nach Ablauf der Fortführungsfristen künftig nach Archivrecht erfolgen. Damit entsteht ein erhöhter Regelungsbedarf, der den Kommunen Anlass gibt, ihr Archivwesen neu zu ordnen. Bei den Staatsarchiven äußert sich dies in einer zunehmenden Anzahl an Anfragen, die auf den Erlass einer Archivsatzung zielen, die Erhebung von Gebühren betreffen oder auch eine bessere personelle Betreuung des Archivguts zum Gegenstand haben.

Der geschilderte Effekt kann auch an den Aus- und Fortbildungsangeboten abgelesen werden, die die bayerische Archivverwaltung zusammen mit der Bayerischen Verwaltungsschule anbietet. Zum ersten Mal seit langem war das im Mai dieses Jahres abgehaltene Grundseminar „Archivwesen“ spürbar

überbucht, so dass nicht alle Interessenten berücksichtigt werden konnten. Aus diesem Grund wird im November dieses Jahres (46. Kalenderwoche) ein zusätzliches Grundseminar angeboten. Interessenten werden gebeten, sich unmittelbar an die Bayerische Verwaltungsschule zu wenden (www.bvs.de).

Antworten auf zahlreiche mit der Archivierung der Standesamtsunterlagen einhergehende Fragen bietet nun auch ein „Merkblatt zur Archivierung von Personenstandsdaten“, das der Bayerische Städtetag mit Rundschreiben Nr. 026/2009 an alle seine Mitglieder verschickt hat. An dessen Erstellung war neben den Stadtarchiven Bamberg und München auch die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns beteiligt.



Auszug aus der Sterberegisterzweitschrift für die Stadt Freising

Da sowohl Erst- als auch Zweitschriften nach dem Personenstandsgesetz dauernd aufbewahrt

werden müssen, müssen die Personenstandsbücher bis auf weiteres doppelt archiviert werden: im jeweiligen Stadt- und Staatsarchiv. Besonders hart trifft dies die kreisfreien Städte, die für beide Überlieferungsstränge zuständig sind und die Serien räumlich getrennt voneinander unterbringen müssen. Die redundante Archivierung der Geburten-, Heirats- und Sterbebücher kann aus archivfachlicher Sicht nicht befriedigen. Langfristig wird geprüft werden müssen, ob nicht durch eine Sicherungs-/Schutzverfilmung der Erstschriften eine Nachkassation der Zweitschriften möglich gemacht werden kann.

Bernhard Grau

Registratorentreffen der niederbayerischen Landratsämter

Am 3. März 2009 organisierte das Staatsarchiv Landshut wieder eine Fortbildungsveranstaltung für die Registratorinnen und Registratoren der Landratsämter im Regierungsbezirk Niederbayern. Gastgeber für die ganztägige Veranstaltung war das Landratsamt Landshut, dem an dieser Stelle auch für die großzügige Bereitstellung der Verpflegung gedankt sei. Neben dem allgemeinen Erfahrungsaustausch und der Diskussion aktueller Fragen, war die Einführung von Dokumentenmanagementsystemen (DMS) Thema der Veranstaltung.

Am Beginn des Vormittags standen Informationen des Staatsarchivs aus dem eigenen Jahresbericht 2008 über den Umfang der Aktenabgaben der Landratsämter, zur Häufigkeit der Archivbenüt-

zung der Bestände der Inneren Verwaltung und den vorhandenen Platzkapazitäten des Staatsarchivs. Vorgestellt wurde die Homepage der Staatlichen Archivverwaltung in Bayern mit den dort vorhandenen Hinweisen zum Einheitsaktenplan für die bayerischen Gemeinden und Landratsämter (EAPI) (<http://www.gda.bayern.de/publikationen/eapl/>). Besprochen wurde im weiteren Verlauf:

1) die nach wie vor vom Bayerischen Staatsministerium des Innern vorgesehene Archivierung der Baugenehmigungsakten bei den Staatsarchiven,

2) die seit dem 1. Januar 2009 mit dem neuen Personenstandsrechtsreformgesetz (PStRG vom 19.2.2007, BGBl I S. 122) mögliche Abgabe der bei den Landratsämtern verwahrten Personenstandszweitschriften der Standesämter.

Fünf von neun niederbayerischen Landratsämtern erarbeiten derzeit Abgabelisten. Den Vormittag beschloss eine Führung durch die Registratur des Landratsamtes.

Der Nachmittag galt dem Thema DMS in Theorie und Praxis, da sich im Regierungsbezirk Niederbayern acht Landratsämter mit dem Erwerb bzw. bereits mit der Einführung eines DMS befassen. Von Seiten des Staatsarchivs wurde der „Lebenszyklus der elektronischen Akte“ aus dem Erweiterungsmodul zum DOMEA-Organisationskonzept der KBSt (Koordinierungs- und Beratungsstelle der Bundesregierung für Informationstechnik in der Bundesverwaltung, <http://www.verwaltung-innovativ.de>) vorgestellt. Der Registrator des Landratsamtes Landshut, Stefan Kamhuber, erläuterte aus seiner Sicht Schwierigkeiten und zu klärende Fragen bei einer DMS-Einführung. Deut-



Registatorenfortbildung in Landshut
(Foto: Elmar Stöttner/Landratsamt Landshut)

lich wurde, dass dem „z.d.A.“-Vermerk, dem abschließenden Bearbeitungsvermerk „zum Akt“ mit Datum, in der elektronischen Vorgangsbearbeitung wesentliche Bedeutung zukommt: Beginn der Aufbewahrungsfrist, Zeitpunkt einer Formatkonvertierung für die Langzeitverfügbarkeit und letztendlich der Aussonderungszeitpunkt an das Staats-

archiv werden festgelegt. Das Staatsarchiv empfahl abschließend für Beschaffung und Einführung eines DMS die Einsetzung einer behördeninternen Arbeitsgruppe, bestehend aus Organisationsleitung, Registratur, Datenschutz und EDV.

Susanne Wolf

Archivpflege

Personenstandsunterlagen werden als Archivgut für die Forschung zugänglich. Oberpfälzer Archivpflegertagung im Landratsamt Amberg-Sulzbach

Zu Beginn dieses Jahres ist das Personenstandsrechtsreformgesetz vom 19. Februar 2007 in Kraft getreten. Es bringt grundlegende Änderungen sowohl für die Standesämter als auch für die öffentlichen Archive und die Forschung mit sich. Erstmals können Personenstandsunterlagen, die bislang ausschließlich bei den Standesämtern aufbewahrt wurden, auch archiviert werden. Das neue Personenstandsgesetz schreibt für die Erst- und Zweitbücher der Personenstandsregister und die zugehörigen Sammelakten Fortführungsfristen vor, nach deren Ablauf sie dem zuständigen Archiv anzubieten sind. Nach Abgabe an das Archiv unterliegt ihre Benutzung nicht mehr den restriktiven Auflagen des Personenstandsgesetzes, sondern dem Archivrecht. Als Archivgut sind die Personenstandsunterlagen – unter Beachtung der für personenbezogene Unterlagen geltenden Schutzfristen – nunmehr für jedermann zu wissenschaftlichen, heimatkundlichen und familiengeschichtlichen Forschungszwecken zugänglich.

Diese geradezu revolutionären Neuerungen in der Aufbewahrung und Zugänglichkeit der Personenstandsunterlagen waren Thema der diesjährigen Oberpfälzer Archivpflegertagung, die das Staatsarchiv Amberg am 26. Mai im Landratsamt Amberg-Sulzbach veranstaltete. Über 100 Teilnehmer füllten den dortigen König-Ruprecht-Saal bis auf den letzten Platz. Neben Archivpflegern, Stadt- und Gemeindearchivarinnen und -archivaren waren viele Standesbeamtinnen und -beamte sowie für die Standesamtsaufsicht zuständige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Oberpfälzer Landratsämtern der Einladung gefolgt. Nach der Begrüßung durch die Leiterin des Staatsarchivs, Archividirektorin Dr. Maria Rita Sagstetter, referierte Archividirektor Dr. Bernhard Grau, Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, über die Überlieferung der Standesämter und ihre Ar-

chivierung. Dabei erläuterte er zunächst die bei den Standesämtern seit 1876 anfallenden Unterlagen. Neben den Serien der Geburts-, Heirats- und Sterberegister zählen hierzu die Familienbücher sowie Namensverzeichnisse, Testamentskarteien und Sammelakten. Die zu Sicherungszwecken angelegten Zweitschriften der Geburts-, Heirats- und Sterbebücher werden bei den Landratsämtern verwahrt und nach Ablauf der Fortführungsfristen vom Staatsarchiv übernommen. Die kreisfreien Städte dagegen sind für die (räumlich getrennte) Aufbewahrung und Archivierung sowohl der Erstbücher als auch der Zweitbücher zuständig. Für die Aussonderung maßgeblich sind die neu eingeführten Fortführungsfristen, sie betragen 110 Jahre für Geburtenbücher, 80 Jahre für Heirats- und Familienbücher, 30 Jahre für Sterbebücher und gelten in gleicher Weise auch für die zugehörigen Sammelakten. Enthält ein Band mehrere Jahrgänge, richtet sich die Aussonderung nach dem jüngsten eingebundenen Jahrgang. Nach Ablauf der Fristen besteht eine Anbieterspflicht an das zuständige Archiv. Ist ein Gemeindearchiv nicht in der Lage, die Personenstandsunterlagen zu archivieren, oder ist noch kein Gemeindearchiv vorhanden, empfiehlt sich eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden (z.B. innerhalb von Verwaltungsgemeinschaften); andernfalls haben die archivreifen Unterlagen beim Standesamt zu verbleiben, sind dort aber als Archivgut und damit nach archivrechtlichen Gesichtspunkten zu behandeln.

Nach ihrer Übernahme in das zuständige Archiv sind die Personenstandsunterlagen nach Maßgabe des Bayerischen Archivgesetzes und der jeweiligen kommunalen Archivsatzung allen Personen, die ein berechtigtes Interesse an einer Benutzung geltend machen können, zugänglich zu machen. Die Benutzung kann durch Vorlage für die persönliche Einsichtnahme und durch Überlassung von Kopien oder – gerade wenn es um schutzwürdige Belange Dritter geht – durch Auskünfte erfolgen. Soweit Gemeinden noch über kein eigenes Gemeindearchiv mit Archivsatzung verfügen, sollte

diese Bestimmung einen Anreiz geben, ein eigenes Gemeindearchiv einzurichten, da sonst in den Standesämtern räumliche und organisatorische Möglichkeiten für die Benutzung der Unterlagen geschaffen werden müssten. Zur Regelung der Benutzung empfahl Dr. Grau überdies den Erlass einer eigenen Archivalsatzung (nach dem Satzungsmuster des Bayerischen Städtetags) und einer Gebührenordnung, welche die für die Archivbenutzung und die Anfertigung von einfachen oder beglaubigten Kopien in Rechnung gestellten Gebühren regelt. In einem abschließenden Ausblick auf die Zukunft verwies Dr. Grau auf die elektronische Führung der Personenstandsregister, die das Personenstandsgesetz nach einer Übergangsfrist

spätestens ab dem 1. Januar 2014 vorschreibt. Für Bayern ist ein zentrales Personenstandsregister geplant; die Datenhoheit soll bei den Standesämtern verbleiben.

Die Ausführungen fanden bei den Tagungsteilnehmern, die sich mit Fragen und Informationen aus der Praxis rege an der Diskussion beteiligten, großen Anklang. Viele nutzten anschließend noch die Gelegenheit zu einer kurzen Führung durch das Staatsarchiv, das bereits von den Landratsämtern Neumarkt i.d. OPf. und Neustadt a.d. Waldnaab Personenstandszweitschriften übernommen hat, und zur Besichtigung der Ausstellung „Archivische Schätze. Aus 975 Jahren Amberger Geschichte“.

Maria Rita Sagstetter

Projekte

Zwischenbericht zur Digitalisierung von Urkunden

Im Februar diesen Jahres endete die im Juli 2008 begonnene Digitalisierung von Urkunden geistlicher Provenienz im Bayerischen Hauptstaatsarchiv. Die Digitalisierung geschah im Rahmen zweier von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanzierten Projekte. Die praktische Durchführung oblag dem *Institut zur Erschließung und Erforschung kirchlicher Quellen in St. Pölten in Österreich*.

In einem Raum der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns wurden die Urkunden an zwei Scannern gleichzeitig digitalisiert. Jeweils ein Mitarbeiter bediente ein Gerät, unterstützt von einer Hilfskraft, die die Urkunden vorbereitete und anschließend wieder verpackte. Die Auflösung beim Scannen ist so gewählt, dass Ausschnittvergrößerungen am Bildschirm möglich sind und selbst kleinere Details erkennbar werden. Überwacht wurden diese Arbeiten von einem für den Archivalienschutz zuständigen Mitarbeiter des Bayerischen Hauptstaatsarchivs.

Es konnten von 28 ausgewählten Urkundenbeständen wie Kloster Aldersbach, Kloster Windberg, Passau Domkapitel oder Hochstift Passau insgesamt 26.000 Urkunden mit Vorder- und Rückseite samt dem Siegel gescannt werden. Beide Bilder wurden mit Ausstellungsdatum und Signatur abgespeichert.

Parallel dazu erschlossen und erschließen derzeit drei Wissenschaftliche Beschäftigte (PD Dr. Adelheid Kraß, Dr. Silvia Strodel und Dr. Peter Urbanek) die Urkundeninhalte; ferner geben zwei

Hilfskräfte vorhandene Repertorien in die Datenbank ein.



Seit März 2009 sind rund 11.000 Urkunden zusammen mit den Metadaten im Internet unter www.monasterium-bayern.net freigeschaltet.

In einem zweiten Schritt sollen im Herbst 2009 rund 8000 Urkunden des Hochstifts und des Domkapitels Freising aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv im Rahmen eines von der Europäischen Union geförderten Projektes gescannt und erschlossen werden.

Es besteht das Ziel, zumindest für den bayerischen Raum eine annähernde Vollständigkeit der online-Bereitstellung von Urkunden geistlicher Provenienzen zu erreichen, auch durch die Einbeziehung weiterer Archive.

Peter Urbanek

EU-Projekt „Charters Network“: Die Urkunden des Hochstifts und Domkapitels Freising im Internet

Das EU-Projekt „Charters Network“ (2008/2010) ist ein archivisches Kooperationsprojekt zwischen insgesamt sechs EU-Staaten (Deutschland, Österreich, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn), an dem von deutscher Seite das Bayerische Hauptstaatsarchiv beteiligt ist. Im Projekt sollen die Urkunden von Hochstift und Domkapitel Freising digitalisiert und unter www.monasterium-bayern.net im Internet bereitgestellt werden. Die Urkunden aus dem Zeitraum von 906 bis 1799 sind zum Teil bereits durch Regesten erschlossen, der größere noch nicht bearbeitete Teil wird derzeit registriert.

Das Bistum Freising, heute Erzbistum München-Freising, ist eines der ältesten und traditionsreichsten Bistümer Deutschlands. Es wurde 739 durch den fränkischen Wanderbischof Korbinian gegründet. Im Lauf der Zeit konnten die Freisinger Bischöfe durch Schenkungen und Käufe ansehnlichen Landbesitz gewinnen, der sich keineswegs nur auf Bayern beschränkte. Im Jahr 783 wurde das Südtiroler Kloster Innichen erworben, 808 folgte die Inbesitznahme der Herrschaft Burgrain mit dem Kloster Isen. Im 10. und 11. Jahrhundert erreichte das Hochstift Freising schließlich seine größte Ausdehnung: Durch Schenkungen der Kaiser Otto II. und Heinrich II. wurden dem Freisinger Bischof die Stadt Bischoflack in Slowenien mit Umland, das Wölzertal und das Katschtal in der Steiermark sowie kleinere Gebietsstreifen in Niederösterreich übertragen. Im 13. Jahrhundert kam noch die Grafschaft Werdenfels hinzu.

Die Säkularisation 1803 war auch für das Hochstift und Bistum Freising eine einschneidende Zäsur. Das Hochstift wurde aufgehoben und dem Kurfürstentum Bayern einverleibt. Seit dieser Zeit lagern die meisten der älteren Freisinger Archivalien im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München.

Im Rahmen des Gesamtprojekts „Charters Network“ sollen über 80.000 Urkunden online veröf-

fentlicht werden. Zu den Zielen des Projekts gehört auch ein Expertenaustausch zwischen den beteiligten Institutionen.

Florian Kislinger

Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns am Münchner Zentrum für Editions-wissenschaften beteiligt

Am 8. Januar dieses Jahres fand die konstituierende Sitzung der Mitgliederversammlung des Münchner Zentrums für Editions-wissenschaften (MüZE) statt. Diesem Wissenschaftsverbund gehören die Ludwig-Maximilians-Universität, die Bayerische Akademie der Wissenschaften, die Monumenta Germaniae Historica, die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die Bayerische Staatsbibliothek, das Institut für Zeitgeschichte sowie die Generaldirektion an. Die Arbeitsgemeinschaft verfolgt das Ziel, die bestehende interdisziplinäre Zusammenarbeit im Bereich der editionswissenschaftlichen Forschungsvorhaben und der geisteswissenschaftlichen Grundlagenforschung zu intensivieren und dadurch den Wissenschaftsstandort München als ein führendes Zentrum auf dem Gebiet der Editions-wissenschaften auszubauen. Zu diesem Zweck soll MüZE die Durchführung laufender editorischer Forschungsvorhaben begleiten, einen Rahmen für die Institutionen übergreifende Zusammenarbeit bieten, laufende Projekte durch gemeinsame Nutzung von Wissen, Einrichtungen und Ressourcen fördern und die in München vorhandenen editionswissenschaftlichen Kompetenzen für die Lehre und die wissenschaftliche Nachwuchsförderung nutzbar machen. Inzwischen wurden auch die Einladungen zur persönlichen Mitgliedschaft versandt. Interessenten aus München, die dabei nicht berücksichtigt worden sind, sind eingeladen, sich unmittelbar an das Zentrum zu wenden (mueze@latphil.uni-muenchen.de). Eine erste Mitgliederversammlung ist im Juli dieses Jahres geplant.

Bernhard Grau



Bestände

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Bestand „Kloster Windberg Amtsbücher und Akten“ im Bayerischen Hauptstaatsarchiv abschließend formiert

Nach den Urkunden des Klosters Windberg, die bereits seit 2007 in einem umfangreichen Repertorium erschlossen sind, konnte im Rahmen eines Praktikums des Vorbereitungsdienstes für den höheren Archivdienst 2006/2008 auch die Amtsbuch- und Aktenüberlieferung dieses Klosters zu einem provenienzreinen Bestand formiert werden.

Ein Teil der Überlieferung des spätestens 1139 gegründeten Prämonstratenserklosters Windberg wurde bei der Säkularisation von Reichsarchivar Samet direkt in das Reichsarchiv übernommen. Nach Aussage des Übernahmeverzeichnisses befanden sich darunter neben 1008 Urkunden auch zahlreiche Amtsbücher, jedoch nur ein einziger Akt. Der größte Teil der Amtsbücher und Akten kam dagegen über Unterbehörden zunächst an das Staatsarchiv Landshut. Im Zuge der Beständeberreinigung gelangte dieser Landshuter Hauptanteil des Bestandes in den Jahren von 1979 bis 2000 an das Bayerische Hauptstaatsarchiv.

Der jetzt neu verzeichnete Bestand umfasst 429 Amtsbücher und 55 Akten aus der Zeit von 1305 bis 1811/12. Die Strukturierung erfolgte nach modernen Kriterien, da zeitgenössische Archiv- oder Registraturverzeichnisse fehlen und eine auf das Kloster zurückgehende Ordnung nicht mehr erkennbar war. Neben der Hauptprovenienz „Kloster Windberg“ enthält der Bestand wenige Nummern der kurfürstlich bayerischen Klosteradministration Windberg, der seit der Säkularisation im Jahre 1803 bis 1811/12 die Verwaltung der Klostergüter vor Ort übertragen war. Bei der Bildung provenienzreiner Klosterbestände werden diese nur kurzlebigen Nachfolge- und Abwicklungsbehörden an die Hauptbestände angereiht. Nachgeordnete Verwaltungen des Klosters Windberg treten kaum als eigene Provenienzstellen in Erscheinung. So wurden die verschiedenen Hofmarken des Klosters offensichtlich zentral durch den Kloster Richter betreut, der zugleich die Funktion des Hofmarksrichters ausübte. Lediglich der Klosterkasten in Straubing und die Verwaltung des Klosterhofes in Sossau („Administratur Sossau“) werden über Rechnungsrapulare als eigenständige Stellen greifbar. Dauerhafte administrative Einrichtungen mit eigener Registratur scheinen aber auch hier nicht bestanden zu haben. Die Überliefe-

rungssituation deutet vielmehr darauf hin, dass die von Windberger Chorherren geleiteten Außenstellen ihre Unterlagen direkt im Kloster aufbewahrt oder diese zumindest in regelmäßigen Abständen dorthin abgegeben haben.

Der Bestand beinhaltet in großem Umfang Unterlagen zur Wirtschaftsführung und zur Grund- und Zehntverwaltung des Klosters. Auch die dem Kloster inkorporierten Pfarreien, vor allem die Klosterpfarre St. Blasius und die Pfarrei St. Englmars, sind mit Rechnungsserien vertreten. Die gerade für die Heimat- und Familienforschung interessante Serie der Briefprotokolle setzt mit dem Jahre 1632 ein. Von ursprünglich 46 bis zum Jahre 1803 reichenden Bänden wurden jedoch 14 Bände (1761–1803) beim Brand auf der Burg Trausnitz in Landshut 1961 vernichtet.

Die erhalten gebliebenen Einzelakten beziehen sich auf Bereiche des geistlichen Lebens und der Pfarreien, der Grundherrschaft und der Hofmarksrechte und weisen einen inhaltlichen Schwerpunkt bei den Rechtsstreitigkeiten auf. Mit wenigen Ausnahmen, die in das frühe 16. Jahrhundert zurückreichen, setzt hier die Überlieferung in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts ein. Wegen der geringen Gesamtzahl der Akten ist aber nur eine schlaglichtartige Beleuchtung einzelner Orte und Aspekte gegeben. Eine fundierte Forschung muss also zusätzlich auf die Überlieferung des kurfürstlichen Pfliegerichts Mitterfels zurückgreifen, in dem Windberg gelegen war.

Genoveva Rausch, Elisabeth Weinberger

Bestand „Landesdirektion von Bayern in Klostersachen“ – ein Werkstattbericht

Mit der Aufhebung der Klöster im Kurfürstentum Bayern waren ab 1802 in zeitlich kurzer Abfolge mehrere Behörden befasst, nämlich für die nichtständischen Klöster 1802/03 die Spezialkommission in Klostersachen bzw. 1804/05 das Klosterbureau bei der Landesdirektion von Bayern, zum anderen für die ständischen Klöster von 1802 bis 1805 die Landesdirektion in ständischen Klostersachen, auch „Klosterseparat“ genannt. 1805 endete die Tätigkeit von Klosterbureau wie von Klosterseparat, ohne dass die Säkularisation vollständig abgewickelt gewesen wäre. Die Akten blieben in der Registratur der Landesdirektion von Bayern, bis 1808 die bis 1814 tätige Spezialklosterkommission zur Aufarbeitung dieser „Retardaten“ gegründet wurde.

Die Akten der genannten für die ständischen und nichtständischen Klöster zuständigen Behörden, die im Bayerischen Hauptstaatsarchiv v.a. auf die Mischbestände KL Fasz., KL + Name, GL Fasz. und GR Fasz. sowie verschiedene Landshuter und Amberger Abgaben verteilt waren, werden derzeit zu einem neuen Bestand „Landesdirektion von Bayern in Klostersachen“ formiert und verzeichnet, der den gesamten Zeitraum von 1802 bis 1814 umfassen wird (derzeit ca. 5600 Nummern). Grundlage für die Strukturierung des Bestandes ist die von der Registratur der Spezialklosterkommission vorgenommene Ordnung der von der Landesdirektion übernommenen Akten, für die teilweise sehr detaillierte Aktenverzeichnisse erhalten sind. Nachdem der Großteil des Bestandes formiert und verzeichnet ist, werden zurzeit die entsprechenden Akten aus dem Bestand GL Fasz. entnommen. Die Überlieferung kann mit den Akten einschlägiger Provenienzen, die sich noch im Staatsarchiv München befinden, abgerundet werden. Anschließend sollen die unter einer vorläufigen Bestandsbezeichnung bereits größtenteils verzeichneten Akten der von der Landesdirektion zu den einzelnen Klöstern entsandten Lokalkommissionen in den Bestand integriert werden.

Während der Verzeichnungsarbeiten steht der Bestand mit Ausnahme der jeweils gerade in Bearbeitung befindlichen Akten für die Benützung zur Verfügung. Als Findmittel dient dabei die Verzeichnung in der Archivsoftware FAUST, die über die PCs im Repertorienzimmer eingesehen werden kann.

Claudia Mannsbart

„Eine Flut von Papier gegen das Hochwasser“ – Die Akten des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft über Hochwasserkatastrophen und Wasserbauten

Hochwässer und die damit verbundenen Wasserschutzbauten und Flussregulierungen werden in vielen Akten des Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft thematisiert. Zum Teil reicht das Schriftgut, das in den Jahren 2003 bis 2008 an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abgegeben wurde, bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurück und ist mit zahlreichen Plänen und Fotografien angereichert. Die ältesten Akten enthalten Pegelmessungen des Bodensees und des Lechs aus dem Jahr 1821. Genauestens überliefert ist das Anfang des 20. Jahrhunderts von Oskar von Miller projektierte und 1924 in Betrieb gegangene Walchenseekraftwerk. Außerdem finden sich im Bestand zahlreiche Gutachten und Stellungnahmen zu weiteren

Wasserbauprojekten, sowie zur Abwasserreinigung und der Planung von Ortskanalisationen. Aber auch die eigene Behördengeschichte – im Jahr 2003 konnte das Bayerische Landesamt für Wasserwirtschaft auf sein 125jähriges Bestehen zurückblicken – ist in beiliegenden Festschriften und Jahresberichten dokumentiert. Die Bezeichnung „Landesamt für Wasserwirtschaft“ erhielt die Behörde freilich erst 1974 mit dem Zusammenschluss der Bayerischen Landesstelle für Gewässerkunde und dem Bayerischen Landesamt für Wasserversorgung und Gewässerschutz.



Hochwasserkatastrophe in Fürth 1909

Zur Unterstützung der in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts notwendigen Baumaßnahmen für die öffentliche Wasserversorgung war 1878 im Staatsministerium des Innern ein Technisches Bureau für Wasserversorgung eingerichtet worden, das seit 1916 Landesamt für Wasserversorgung hieß. Im Laufe der Zeit verlagerte sich der Schwerpunkt der Tätigkeit dieses Landesamtes vom Bau kleinerer Wasserversorgungsanlagen auf Planung, Bau und Ausbau von zentralen Wasserversorgungsanlagen und den in diesem Zusammenhang immer bedeutender werdenden Gewässerschutz. Eine fast ebenso lange Tradition hatte die Landesstelle für Gewässerkunde, die 1898 zur Erforschung der gewässerkundlichen Grundlagen und des Wasserhaushalts in Bayern als Abteilung der Obersten Baubehörde unter dem Namen „Hydrotechnisches

Bureau“ eingerichtet worden war. Der systematische Aufbau eines umfassenden Pegelnetzes für ganz Bayern und des zentralen Hochwassernachrichtendienstes war wesentliche Aufgabe dieser 1917 in Landesstelle für Gewässerkunde umbenannten Behörde. Gewässer- und Grundwasserschutz, Wasserbautechnik und Landespflege gehörten auch nach der Zusammenlegung zu den Kernaufgaben des neu geschaffenen Bayerischen Landesamtes für Wasserwirtschaft, auch wenn sich die Aufgabenschwerpunkte inzwischen in Richtung Umweltschutz verschoben hatten. Das Landesamt für Wasserwirtschaft ging zusammen mit den Landesämtern für Geologie und Umweltschutz sowie Teilen des Landesamts für Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Sicherheitstechnik 2005 im Bayerischen Landesamt für Umwelt auf.

Renate Herget

Lichtblick für scharfe Bilder – Die Fachakademie für Fotodesign

Am 15. Oktober 1900 eröffnete die „Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie“ als „von der Kgl. Bayer. Staats-Regierung subventionierte Bildungsanstalt“ ihre Pforten, und zwar auf Initiative des Süddeutschen Photographen-Vereins in München. Es war vor allem dem Wirken ihres Gründungsdirektors Georg Heinrich Emmerich zu verdanken, dass die Anstalt schnell internationale Anerkennung erlangte. Wie groß der Bedarf an einer modernen Fachausbildung war, sah man schon daran, dass nur etwa mehr als die Hälfte der Schüler aus Bayern kam. Der Anteil an nicht-bayerischen Schülern sollte in den folgenden Jahren weiter wachsen. In den Schuljahren 1905/06 wurden die ersten beiden Frauen aufgenommen.



Da die Schülerzahl stetig wuchs, wurde es unumgänglich, ein geeignetes Gebäude zu finden. Nach umfangreichen Umbauarbeiten konnte die Anstalt 1911 in das freigewordene ehemalige Gebäude des Schwabinger Krankenhauses (Clemensstraße 33) einziehen. Es enthielt vier Wohnraumateliers mit Seitenlicht, Vergrößerungsräume, Dunkelkammern, Retusche-, Chromierungs- und Trockenräume, ein Kopierhaus und einen eigenen Bibliothekssaal. Insgesamt standen der Schule nun 68 Räume für eine Kapazität von 120 Schülern zur Verfügung. Zu den Unterrichtsfächern gehörten u.a. „Praktische Photographie“, „Physikalischer Unterricht“, „Photochemischer Unterricht“, „Gewerbliche Buchführung“ sowie verschiedene Druckverfahren. Auch Polizei- und Justizbeamte wurden für die Gerichts- und Polizeifotographie ausgebildet. Zwischen 1922 und 1935 existierte an der Fotoschule sogar eine „Kinotechnische Abteilung“ zur Ausbildung von Filmtechnikern und Kameralenten. Im Dritten Reich wurde in der Ausbildung mehr Wert auf die handwerkliche Perfektion gelegt. In dieser Zeit mussten vor allem jüdische Schüler Deutschland verlassen und ins Ausland emigrieren.

Nach Kriegsende erhielt die Schule mit Hannah Seewald eine kommissarische Leitung, die 1953 in deren Ernennung zur Berufsfachschuldirektorin gipfelte. Unter ihrer Leitung unterhielt die Schule zwei Abteilungen: eine zweistufige Unterstufe (Gesellenprüfung) und eine einjährige Oberstufe mit Vorbereitung zur Meisterprüfung.

Sie erhielt nun den Namen „Bayerische Staatslehranstalt für Photographie“.

In den 1970er und 80er Jahren kam es zu einer Neuorganisation, da verstärkt Wert auf künstlerische Ausbildung gelegt wurde. Unter dem neuen Namen „Staatliche Fachakademie für Fotodesign“ begann im September 1990 der erste dreijährige Lehrgang

zum „Staatlich geprüften Fotodesigner“. Im Jahr 2004 erfolgte die Eingliederung in die Fachhochschule München, Fachbereich 12 (Fotodesign).

Die Akten der „Staatlichen Fachakademie für Fotodesign“ wurden 2006 an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abgegeben. Die bearbeitete Abgabe mit 348 Archivalieneinheiten enthält größtenteils alphabetisch sortierte Personalbögen von Lehrern und Schülern, Prüfungsunterlagen, Zeugnisse, Jahrbücher sowie Akten zur Schulgeschichte und zu Ausstellungen. Die Laufzeit umfasst die Jahre 1900–2004.

Elke Max

Nachlass des Herzogs Wilhelm in Bayern geordnet

Im Zuge der Erschließung des 2000/01 aus dem Archiv der Herzöge in Bayern in Tegernsee übernommenen Archivguts konnte im Geheimen Hausarchiv vor kurzem die Neuordnung des Nachlasses des Herzogs Wilhelm in Bayern (1752–1837) abgeschlossen werden.

Erste Ordnungsmaßnahmen daran waren wohl schon bald nach dem Tode des Herzogs vorgenommen worden, wobei auch zahlreiche Unterlagen der herzoglichen Hofstellen miteinbezogen worden sind. Der so angereicherte Nachlass wurde in Schachteln aus grauer Pappe verpackt. Eine Verzeichnung erfolgte seinerzeit nicht, eine rudimentäre Erschließung war lediglich durch die Beschriftung der Schachteln gegeben. Es muss angenommen werden, dass der Nachlass stets zusammen mit dem Alten (d.h. bis in die Zeit Herzog Wilhelms erwachsenen) Hausarchiv der Herzoglichen Linie aufbewahrt wurde, zunächst auf Schloss Banz, nach dessen Verkauf 1933 im Schloss zu Tegernsee. Offenbar hat von Anfang an die Absicht bestanden, eine Art Fortsetzung des Alten Hausarchivs für die Zeit des Herzogs Wilhelm zu schaffen und damit dessen Leben und Tätigkeit umfassend zu dokumentieren. Allerdings fehlten dabei jene Unterlagen, die Wilhelm selbst noch zu Lebzeiten wegen ihrer rechtlichen Bedeutung in das Hausarchiv seiner Linie einverleibt hatte und die daher zum bereits seit 2005 neu erschlossenen Bestand „Archiv der Herzöge in Bayern: Altes Hausarchiv“ gehören.

Wilhelm, der als Pfalzgraf von Birkenfeld in eine nicht regierende Nebenlinie der Zweibrücker Linie des Hauses Wittelsbach hineingeboren wurde, stand zunächst in der besonderen Gunst des Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz. Nach dessen Regierungsantritt in Bayern ließ er sich 1780 in Landshut nieder, knüpfte aber alsbald enge

Kontakte zur bayerisch-patriotischen Opposition gegen die Tauschpläne Kurfürst Karl Theodors in den 1780er Jahren und zu reformorientierten Kritikern der Innen- und Finanzpolitik des Kurfürsten. Im Februar 1799 übernahm Wilhelm kurzfristig die Statthalterschaft für seinen Schwager Kurfürst Max IV. Joseph, der ihm noch im selben Jahr den Titel „Herzog in Bayern“ verlieh, überwarf sich jedoch mit dem Kurfürsten und entwickelte sich zu einem scharfen Kritiker der Politik Montgelas', die ihm, insbesondere auf kirchenpolitischem Gebiet, zu radikal erschien. In Modifikation älterer, aber nach den Umbrüchen der Revolutionskriege nicht mehr vollziehbarer Vereinbarungen aus den Jahren 1783/84 erhielt Wilhelm im Apanagialvertrag vom 30. November 1803 das Herzogtum Berg unter dem Vorbehalt der allein dem Kurfürsten zukommenden Landeshoheit. Wilhelm verlegte seinen Wohnsitz in die bergische Hauptstadt Düsseldorf. Lange sollte er nicht dort bleiben können, denn durch den Schönbrunner Vertrag vom Dezember 1805 trat der Kurfürst das Herzogtum Berg im Tausch gegen das Fürstentum Ansbach an Kaiser Napoleon I. ab. Wilhelm wurde die Vereinbarung erst im März 1806 eröffnet, zugleich mit der Mitteilung des nunmehrigen Königs Maximilian I. Joseph, dass ihm die Residenz in Bamberg als Wohnsitz überlassen sei. Der Herzog forderte in den folgenden Jahren hartnäckig, aber völlig erfolglos, dass ihm als Ersatz für Berg ein anderes unter bayerischer Oberhoheit stehendes Fürstentum mit einer erblichen Statthalterschaft oder zumindest eine Apanage zugewiesen werde. Als Minimal-Lösung kaufte er schließlich 1814 aus erspartem Kapital vom königlichen Fiskus die ehemalige Benediktinerabtei Banz samt den Rechten der patrimonialen Gerichtsbarkeit auf der dazu gehörigen Grundherrschaft. Ins politische Leben Bayerns kehrte Herzog Wilhelm erst nach dem Sturz Montgelas' zurück. Die Verfassung von 1818 begrüßte er lebhaft, am Landtag von 1819 nahm er als Mitglied der Kammer der Reichsräte teil, an dem von 1825 als deren Präsident. Zuletzt zurückgezogen lebend, starb Wilhelm 1837 in Bamberg.

Der jetzt verzeichnete Nachlass dokumentiert in großer Breite, insbesondere durch eine aus mehreren Tausend Briefen bestehende Korrespondenz, sämtliche oben angesprochenen politischen Vorgänge, soweit Wilhelm als aktiv Handelnder oder passiver Beobachter daran beteiligt war. Außerdem enthält er zahlreiche Dokumente zu Familienangelegenheiten, zur Hofhaltung und zu den naturwissenschaftlichen und historischen Interessen des Herzogs.

Gerhard Immler

Akten eines Generalkommandos der bayerischen Armee aus dem Ersten Weltkrieg neu verzeichnet

Im September 1916 wurde das Generalkommando des XV. Reserve-Korps in eine bayerische Formation umgewandelt. Die Einheit war bei Kriegsbeginn zunächst als preußisches Armeekorps durch das Festungsgouvernement Straßburg aufgestellt worden. Nun erfolgte die Umbildung in einen bayerischen Truppenteil zum Teil durch Abgaben aus dem Felde und zum Teil durch Neuaufstellungen aus der Heimat. Für die Gestellung des Ersatzes war das stellvertretende Generalkommando des III. bayerischen Armee-Korps in Nürnberg zuständig. Das Korps war während des Krieges fast ausschließlich an verhältnismäßig ruhigen Frontabschnitten in den mittleren Vogesen und in Lothringen eingesetzt. Im Frühjahr 1917 war es an den Kämpfen an der Aisne nordwestlich von Reims beteiligt. Zum Verband des XV. Reserve-Korps gehörten auch nichtbayerische Truppenteile sowie Landwehr- und Ersatz-Einheiten.

Der Aktenbestand umfasst die Zeit von der Aufstellung im September 1914 bis zur Auflösung 1919, somit auch Unterlagen aus der Zeit vor der Umwandlung in einen bayerischen Verband. Die Grundlage der Ordnungsarbeiten bildete eine Geschäftseinteilung des Stabes von 1918. Registraturpläne waren nicht vorhanden. Eingearbeitet wurden auch Akten, die 1944 aus dem Heeresarchiv Potsdam nach München zurückgegeben worden waren. Der Gesamtbestand umfasst nun 1300 Archivalieneinheiten. Nach der Serie der Kriegstagebücher enthält er vor allem Material über den operativen Einsatz der Truppen samt Karten, Nachschub und Unterkunft, Nachrichtenwesen und Aufklärung, Personalangelegenheiten der Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, Ordensangelegenheiten, Waffen und Ausrüstung, Sanitäts- und Veterinärwesen. An das Schriftgut des Generalkommandos schließt sich das der Feldintendantur, der Feldkriegskasse und des Feldproviantamts an. Das neue Repertorium wird ergänzt durch Aufstellungen über die Kommandierenden Generale, Gefechtstätigkeit, Kriegsgliederung, Stabsquartiere, die Besetzung der wichtigsten Stabsstellen, einen Geschäftsverteilungsplan und Hinweise auf andere Bestände des Kriegsarchivs. Insbesondere für Forschungen über den Ersten Weltkrieg an der ehemaligen Reichsgrenze in Elsaß-Lothringen enthält dieser Bestand interessante Quellen.

Claus Mannsbart

Wesentliche Ergänzung des Nachlasses Rehse

Friedrich Josef Maria Rehse (1870–1952) begann 1914 zunächst mit der Anlage einer Zeitungsausschnittsammlung zum Ersten Weltkrieg. Sehr bald weitete er sein Sammlungsinteresse auf zeitgeschichtliche Dokumente (Flugblätter, Plakate, Fotos) und Gegenstände jeder Art aus. Durch diese umfassende Konzeption erreichte die Sammlung schnell einen Umfang, der Rehse finanzielle und räumliche Möglichkeiten bei weitem überschritt. Er verhandelte mit verschiedenen Institutionen im In- und Ausland über einen Ankauf. Schließlich erwarb Ende 1929 die NSDAP die Sammlung. Die „Sammlung Rehse“ erhielt den Rang einer Parteidienststelle, wurde dem Reichsschatzmeister unterstellt und zunächst im Keller der Hauptgeschäftsstelle der Partei (Schellingstr. 50) untergebracht. Seit 1935 befand sich die Sammlung in Räumlichkeiten der Münchner Residenz. Sie wurde durch Kriegseinwirkungen schwer in Mitleidenschaft gezogen. Nach dem Zweiten Weltkrieg beschlagnahmten amerikanische Besatzungstruppen ihre Reste und übergaben sie der „Library of Congress“ (Washington). 1963 erfolgte die Rückgabe von Teilen der Sammlung an die Bundesrepublik Deutschland. Das Bundesarchiv sichtete das Material und teilte es auf verschiedene Institutionen auf.

1965 erhielt das Bayerische Hauptstaatsarchiv eine erste Lieferung, mehrmals wurden dann weitere Plakate, Flugblätter, Druckschriften und Bücher nachgeliefert. 1978 bildete die Sammlung Rehse einen Grundstock der Abteilung V – Nachlässe und Sammlungen. Aus Teilen der Sammlung, nämlich aus Schriftstücken, die auf Person und Arbeitsumfeld Rehse Bezug nahmen, wurde in der Folgezeit ein eigener Nachlassbestand formiert (Bearbeiter: Dr. Michael Stephan). 2008 konnten mit Unterstützung des Vereins der Freunde und Förderer des Bayerischen Hauptstaatsarchivs aus Privatbesitz weitere Unterlagen und vor allem Fotografien für diesen Personennachlass angekauft werden. Insgesamt besteht der „Nachlass Rehse“ nun aus 40 Nummern und umfasst etwa 0,8 lfm Material.

Die darin enthaltenen Briefe, Zeitungsartikel, Drucksachen und vereinzelt Sammlungsgegenstände umspannen im Wesentlichen einen zeitlichen Rahmen vom Beginn der 1920er Jahre bis zum Tod Rehse. Aus dem Schriftverkehr werden das steigende öffentliche Interesse an Rehse Sammlungsgut deutlich, aber auch die Grenzen, die dieser privaten Sammelleidenschaft gesetzt waren. Mit der Übernahme der Sammlung durch die NSDAP wurde die Tätigkeit professioneller.

Gleichzeitig kam es zu einer zunehmenden Nutzung durch die NS-Propaganda. Eine Fotoserie dokumentiert die Schäden an der Sammlung und an den sie beherbergenden Räumlichkeiten in der Residenz durch den Luftangriff auf München vom 25. April 1944.

Laura Scherr

Neues aus dem Sudetendeutschen Archiv

Neuzugänge

Ende 2008 wurden von der Bundesgeschäftsstelle der Sudetendeutschen Landsmannschaft über 100 laufende Meter Ordner übernommen. Übernommen wurden außerdem weitere Heimatberichte, ebenso umfangreiche persönliche Dokumente (Ausweise, Personenstandsurkunden, Besitzurkunden, Heimatscheine u.ä.), die auch gleich erschlossen und verzeichnet werden.

Neue Repertorien

Erschlossen wurden die Akten zur Tätigkeit von Dr. Hans-Christoph Seeböhm (1903–1967) als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft und auch Seeböhms Nachlass.

Seeböhm wurde in Oberschlesien geboren und war von 1949 bis 1966 Bundesminister für Verkehr. Da seine Eltern lange Zeit in Falkenau an der Eger gelebt hatten, war er seit 1950 Mitglied des Vorstands der Landsmannschaft und von 1959 bis zu seinem Tod 1967 deren Sprecher. Seeböhm war einer der aktivsten Vertreter der Vertriebenenverbände in Bonn. Politisch gehörte er zunächst der Deutschen Partei an, bis er 1960 in die CDU überwechselte.

Außerdem wurden die Nachlässe von Prof. Herbert Cysarz (1896–1985), Prof. Bruno Ernst Mika (1896–1971) und Grete Adam-Jäckel (1910–1995) verzeichnet:

Der Germanist und Philosoph Cysarz wurde im österreichischen Teil Schlesiens geboren. Er promovierte in Wien und hielt dort germanistische Vorlesungen, wurde aber 1927 auf August Sauers Lehrstuhl für Germanistik der Deutschen Universität Prag berufen, wo er zehn Jahre als Ordinarius lehrte. 1938 wechselte er an die Universität München. Seit 1951 lebte er – inzwischen emeritiert – wieder in München. Den Ruhestand nutzte er, um seine Forschungen am Collegium Carolinum von 1957 bis 1985 fortsetzen.

Der Unternehmer Mika wurde in Deutsch-Gabel geboren. Er nahm am Ersten Weltkrieg teil und arbeitete danach in Deutschland u.a. als Rundfunkjournalist, Sekretär des VDI, Reiseleiter und schließlich – zurückgekehrt nach Reichenberg –

von 1925 bis 1930 als Sekretär des YMCA und baute dort das erste Kulturfilmkino der CSR auf. Er erfand einen nach ihm benannten Hand-Webstuhl, den auch Kriegsversehrte bedienen konnten und setzte diesen in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit ein. So errichtete er eine kunsthandwerkliche Faktorei und wurde gleichzeitig zum Beauftragten für das Kunsthandwerk für Böhmen und Mähren. Nach der Vertreibung begann er schon im Herbst 1945 seinen Betrieb in München neu aufzubauen und beschäftigte dort ausschließlich Vertriebene und Kriegsversehrte. Die Währungsreform setzte diesen Bemühungen ein Ende. Doch Mika fand neue Wirkungskreise u.a. als Dozent an Hotelfachschulen. Überdies schrieb er zahlreiche Gedichtbände und zwei Romane sowie zahlreiche Zeitungsartikel.

Die Heimatdichterin Grete Adam wurde in Wien geboren, übersiedelte aber im Kindesalter nach Komotau, das Zeit ihres Lebens im Mittelpunkt ihres Interesses und künstlerischen Schaffens stand. Nach ihrer Lehramtsprüfung an der Deutschen Universität in Prag arbeitete sie bis 1944 als Lehrerin. Die Vertreibung 1945 führte sie nach Weinheim a.d.B. Ihre Lyrik und Prosa wurde von zahlreichen Zeitungen und Heimatkalendern abgedruckt. Der Nachlass wurde laut Tätigkeitsbericht 2003 vom Sudetendeutschen Archiv übernommen. Nach einem Besuch der Tochter der Nachlassgeberin im Bayerischen Hauptstaatsarchiv im März 2009 kamen weitere Dokumente und Unterlagen hinzu und wurden eingearbeitet. Der Schwerpunkt des Nachlasses liegt auf den Werken der Schriftstellerin, die zum Teil in mehreren Versionen enthalten sind, auch in Form von handschriftlichen Manuskripten mit Überarbeitungsvermerken.

Ingrid Sauer

Staatsarchiv Amberg

Schlossarchiv Röthenbach im Staatsarchiv Amberg

Das Staatsarchiv Amberg konnte 2008 das Schlossarchiv Röthenbach von der damaligen Schlosseigentümerin Christine von Grafenstein erwerben. Röthenbach war ein Landsassen- und Hammergut im Fürstentum Pfalz-Sulzbach (Landgericht Parkstein) und ein Standort der Glasindustrie, zunächst der Veredelung (Schleifwerk), später auch der Produktion in einer Glashütte.

Das Archivgut im Umfang von rund 5 lfm umfasst die Zeitspanne von 1507 bis zum Jahr 1978 und ist seit kurzem durch ein Findbuch erschlossen. Mit insgesamt 433 Nummern enthält der Be-

stand „Schlossarchiv Röthenbach“ umfangreiches Material zur Geschichte des Landsassenguts und seiner Besitzer sowie zur Gerichtstätigkeit und Verwaltung des Hofmarks- wie des Patrimonialgerichts. Die ältesten Unterlagen stammen aus der Zeit der Kastner, die auch in Amberg als Kaufmannsfamilie und Ratsgeschlecht einen Namen hatten. Paul Kastner erwarb das Gut 1539 von den Brüdern Pappenberger. Er wie seine Nachfolger hatten Rechtsstreitigkeiten vor allem mit den Untertanen in Untersteinbach und mit dem Gericht Hirschau wegen der Befugnisse über diese Untertanen. Die große Masse der Überlieferung setzt erst mit der Familie von Schönstett ein; Johann Andreas von Schönstett kaufte das allodiale Hammergut 1670. Da die Familie offensichtlich mit der Rablmühle und dem Hammer eine reiche wirtschaftliche Tätigkeit entfaltete und einen großen Holz- bzw. Kohlebedarf hatte, kam es zu vielen Rechtsstreitigkeiten über vermeintliche oder tatsächliche Übergriffe auf landesherrliche Waldungen, die umfangreich dokumentiert sind. Von Wolfgang Albert von Schönstett ging das Hammergut 1751 an den Hammermeister Franz Ertl über, 1775 an seinen Sohn Johann Michael. Dessen Tochter, Maria Anna Ertl, ehelichte Johann Eduard von Grafenstein, damals Landrichter in Parkstein, der Röthenbach mit Kaufvertrag von 1803 von seiner Schwiegermutter Rosina erwarb.



Schloss Röthenbach Urkunden 22

Mehr als ein Drittel des Bestandes befasst sich mit den wirtschaftlichen Aktivitäten der Familie von Grafenstein. Dazu zählt eine in den Eingängen weitgehend erhaltene Betriebskorrespondenz der Jahre 1903 bis 1922, während die der Jahre 1825 bis 1869 nur bruchstückhaft vertreten ist. Diese Wirtschaftstätigkeit umfasste das Ökonomiegut mit diversifizierter landwirtschaftlicher Produktion, eine Brennerei, eine Brauerei und die Rablmühle mit Mahlmühle und Sägewerk. Dazu kamen

der Hammer respektive der Hochofen, die Glas- und Spiegelschleife sowie ab 1873 die Glashütte.



Schloss Röthenbach Urkunden 18

Neben Akten enthält das Schlossarchiv Röthenbach eine Anzahl von Karten und Plänen, darunter vorwiegend Pläne aus dem 19. und 20. Jahrhundert zu den Wirtschaftsgebäuden in Röthenbach und zum Innenausbau des Schlosses, außerdem 23 Urkunden. Die älteste Urkunde aus dem Jahr 1507 regelt Umbaumaßnahmen an einem Weiher und die damit in Zusammenhang stehende Schadloshaltung, ansonsten besteht dieser Teilbestand aus Kauf- und Lehenbriefen vor allem über das Dorf Untersteinbach und dem Diplom der Universität Ingolstadt von 1798 für den späteren Landrichter von Parkstein und Nabburg Johann Eduard von Grafenstein.

Johann Schmuck

Staatsarchiv Augsburg

Urkunden des Hochstifts Augsburg von 1421 bis 1500 erschlossen

50 Jahre nach Erscheinen der Publikation von Walther E. Vock: Die Urkunden des Hochstifts Augsburg 769–1420, im Jahre 1959 steht im Staatsarchiv Augsburg nach jahrelangen Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten ein neues Findbuch über die hochstift-augsburgischen Urkunden aus der Zeit von 1421 bis 1500 (mit einem Nachtrag der Jahre 1304–1420) für die Forschung zur Verfügung.

Dieser Bestand war bis jetzt nur schwer über eine chronologisch angelegte Zettelkartei mittels Kurzregesten benützlich. Er umfasst im genannten Zeitraum etwa 2000 Urkunden, die zum größten Teil aus dem Hauptbestand, ferner aus einigen Pertinenzbeständen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, wie z. B. den sogenannten Gerichtsurkun-

den, aber auch aus der Urkundensammlung des ehemaligen Staatsarchivs Neuburg stammen.

Die inhaltliche Erschließung besteht aus dem Datum, einem Kurzregest sowie Angaben zu Alt-signaturen bzw. Rückvermerken und Hinweisen auf den alten Lagerort oder eventuelle Vorprovenienzen. Ein besonderer Schwerpunkt bei der Eingabe in das archivische Datenbanksystem lag auf der Erstellung eines Orts-, Personen- und Sachregisters.

Gleichzeitig mit der Neubearbeitung wurden die Urkunden in säurefreie Taschen umgelegt und nach dem chronologischen Ordnungsprinzip neu aufgestellt, wobei das Datum als Signatur dient.

Die Urkunden haben eine besondere Aussagekraft zur Orts- und Landesgeschichte im bayerischen Schwaben, nicht zuletzt wegen der großen Ausdehnung des Herrschaftsgebietes von Dillingen bis Füssen und Oberstdorf, und sind daneben für Forschungen der Rechts- und Sozialgeschichte einschlägig. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang vor allem auf die zahlreich dokumentierten Erbe- und Manumissionsbriefe, die hinsichtlich des sogenannten „Allgäuer Gebrauchs“, einer besonderen Form der Leihherrschaft, angefallen sind.

Hermann Schweiger

Staatsarchiv Landshut

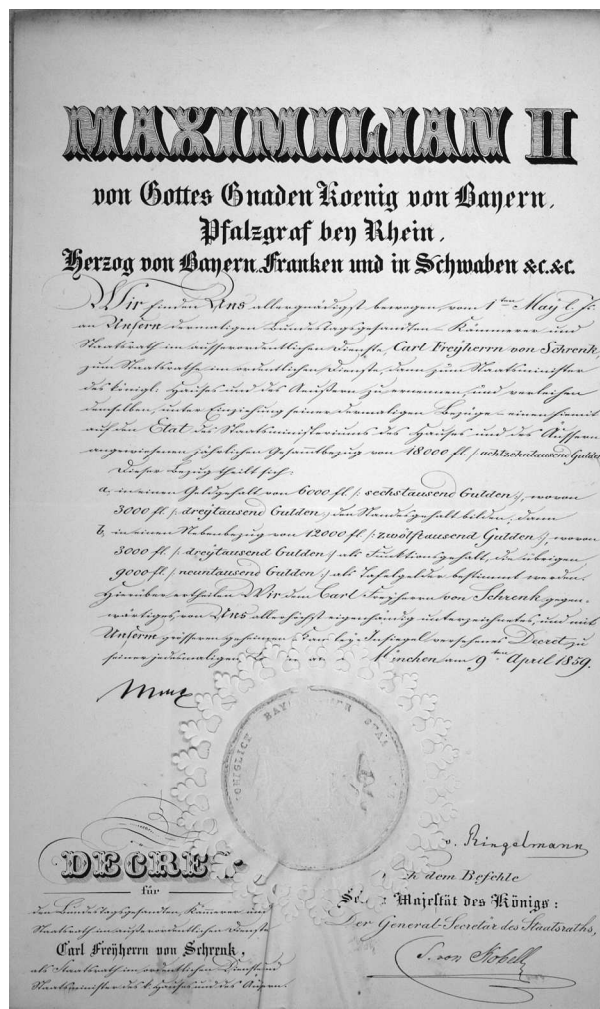
Neues Findbuch zum Schlossarchiv Hagg

Die ehemaligen Hofmarken Hagg und Pürgl im früheren Pfliegericht Mitterfels mit dem Schloss Hagg als Ortsteil des Hauptorts Neukirchen (Lkr. Straubing-Bogen), unweit vom Prämonstratenserkloster Windberg, haben eine wechselvolle Besitzgeschichte.

Folgende Familien traten als Inhaber von Hagg seit der Mitte des 15. Jahrhunderts (ab 1662 zugleich auch von Pürgl) in Erscheinung: 1454–1542 Waldauer, 1549–1559 Türrigl, 1559–1562 Hans Joachim von Lobenstein, 1562–1658 Kürmreuther, 1658–1663 Breu von Stephanskirchen, 1663–1737 Freiherren von Rehlingen, 1737–1841 Freiherren von Asch und ab 1841 die Freiherren von Schrenk-Notzing. 1920 folgte Otto Freiherr von Berchem, ehe 1949 durch Einheirat die Familie Falk einen Anteil und 1961 den Gesamtbesitz übernahm, den sie noch heute innehat.

Das Schlossarchiv Hagg wurde mit Schenkungsvertrag vom 10. August 1935 vom damaligen Besitzer Otto Freiherr von Berchem dem Staatsarchiv Landshut überlassen. Ein zweiter Teil, der sich anscheinend weiterhin im Schlossar-

chiv Hagg befand, gelangte erst 1953 ins Staatsarchiv. Zu diesen Archivalien gesellen sich noch etliche Briefprotokolle der Hofmarken bzw. Patrimonialgerichte Hagg und Pürgl, die durch die Einziehung der Patrimonialgerichtsbarkeit 1848 über die späteren Amtsgerichte an das Staatsarchiv abgegeben wurden. Außerdem kamen einige Ansässigmachungs- und Verehelichungsakten sowie Konzessionsakten dieser Patrimonialgerichte über Abgaben des früheren Landratsamts Bogen in das Staatsarchiv.



Schlossarchiv Hagg A 34

Während zur zweiten Abgabe eine sehr in die Tiefe gehende Erschließung stattfand, die wohl auch auf das persönliche Interesse von Staatsarchivrat Freiherr von Rehlingen an seiner Familiengeschichte zurückzuführen war, blieb die Erstabgabe von 1935 lange Zeit unerschlossen. In den 1970er Jahren nahm Fritz Freiherr von Rehlingen, der von 1947 bis 1956 am Staatsarchiv Landshut und danach beim Staatsarchiv München tätig war, eine Grobordnung mit Steckfahnen vor, eine Verzeichnung selbst unterblieb jedoch bedauerlicherweise. Die in dieser alten Abgabe enthaltenen

Bände, Protokolle und Rechnungen sowie einen Teil der Urkunden verzeichnete in den 1980er Jahren der damalige Amtsvorstand des Staatsarchivs Dr. Johann Geier (gestorben 1986).

Kürzlich wurden weitere ca. 350 Archivalien von den mit Steckfahnen versehenen Archivalien und dem ungeordneten Rest verzeichnet und erfasst. Ca. 200 Archivalieneinheiten, darunter viele einzelne Papierurkunden und -schriftstücke, sind noch zu bearbeiten. Von den insgesamt 143 Urkunden sind 74 voll registriert und der Rest chronologisch erfasst.

Das Findbuch für die erfassten 675 Archivalien ist untergliedert nach Urkunden, Rechnungen, Protokollen, Kirchenrechnungen, Bänden und Akten. Die Urkunden als ältester Teil beginnen 1396 und enden 1834, die Briefprotokolle reichen von 1582 bis 1848. Die Rechnungen umfassen den Zeitraum von 1622 bis 1857 und die Bände haben eine Laufzeit von 1530 bis 1848, die Akten von 1510 bis 1903.

Das Schlossarchiv enthält familiengeschichtlich interessante Dokumente zur Genealogie der Freiherren von Rehlingen, Asch und Schrenk-Notzing, von Letztgenannten auch eine Reihe von Archivalien über deren Besitzungen in der Oberpfalz, nämlich Gutmaning, Birnbrunn, Wetterfeld und Hillstett, sowie in Niedererlbach (Lkr. Landshut), überwiegend aus der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts. Darüber hinaus bietet das Archiv für heimat- und familienkundliche Forschungen reichhaltiges Material. Besondere Erwähnung verdient der Handakt des späteren Staatsministers Karl Freiherr von Schrenk von Notzing, der von 1859 bis 1864 die Ministerien des königlichen Hauses und des Äußeren sowie des Handels und der öffentlichen Arbeiten leitete und zugleich dem Ministerrat vorstand. Dieser Akt (Archivsignatur: A 34) aus der Zeit von 1833 bis 1872 enthält verschiedene Ernennungsurkunden.

Erich Sendlinger

Staatsarchiv München

Abgabe des Landratsamts Landsberg a. Lech verzeichnet

Nach Abschluss der Ordnung und Verzeichnung wird eine umfangreiche Aktenabgabe des Landratsamtes Landsberg a. Lech an das Staatsarchiv München aus dem Jahr 2002 mit einem ausführlichen Findbuch dem interessierten Publikum zugänglich gemacht. Sie umfasst einen Zeitraum von etwa 150 Jahren und ist je nach Laufzeit entsprechend ihrer Provenienz unter den Großbeständen

Landgerichte älterer Ordnung, Bezirksämter/Landratsämter und Landratsämter (neu/ab 1972) zu finden.

Die Abgabe enthält u.a. Akten zu Distriktsratsverhandlungen (1849–1871), Landkreisreformen und Eingliederungen von Gemeinden (sowohl während des Dritten Reiches als auch in den 1950er bis 1970er Jahren) mit Gemarkungskarten und Statistiken über die Bevölkerung. In den Akten über die Gemeindeverwaltung befinden sich Finanzübersichten, Haushaltspläne, Sitzungsniederschriften, auch der Bürgermeisterversammlungen, Personallisten sowie Rechnungs- und Kasensprüfungen.

Aus der Zeit des Dritten Reichs ist besonders die umfangreiche Überlieferung des Landratsamtes Landsberg a. Lech in Form von Schutzhaft- und Zwangsarbeiterakten (zahlreiche Ausländerlisten) zu erwähnen, ebenso die Stimmungs- und Lageberichte sowohl während des Krieges als auch nach 1945 an die US-Militärregierung. Auch der Umgang mit den politisch, rassisch oder religiös Verfolgten nach Kriegsende findet Beachtung. Hervorzuheben sind die Sammelakten über Flüchtlinge, Kriegs- und Besatzungsschäden, Statistiken der Heimkehrer und Todmeldungen, über die Entziehung jüdischen Vermögens während der NS-Zeit, die anschließenden Wiedergutmachungen und Rückerstattungen, die Betreuung der Juden und Displaced Persons nach 1945 sowie den Umgang mit Zwangsarbeitern und die Unterbringung von Kriegsgefangenen während des Krieges. Die Pflege der KZ-Friedhöfe sowie anderer Friedhofsanlagen ist unter der Rubrik Bestattungswesen zu suchen.

Umfangreich ist auch der Verwaltungsschriftverkehr mit den Stationierungskräften, besonders über die Besatzungskosten. Nach 1945 sind die Tätigkeitsberichte von Parteien zu erwähnen, die den Neuanfang des politischen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland festhalten. In der Rubrik Polizeiwesen wird außerdem der Aufbau und die Umstrukturierung der Polizei in den 1950er Jahren thematisiert. Aus der Zeit nach der Gründung der Bundesrepublik enthält die Abgabe umfangreiches Aktenmaterial zur Einführung von Wappen und Fahnen für neu gegründete und zusammengelegte Gemeinden des Landkreises Landsberg a. Lech. Die Verwaltung des Regierungsbezirks wird dokumentiert, ebenso die Organisation von Reichstags- und Landtagswahlen (lückenhaft zwischen den Jahren 1876 bis 1959).

Ein Teil der Akten befasst sich mit Baufragen, u.a. mit der Instandsetzung des Dienstgebäudes der Regierung von Oberbayern und dem Neubau

eines Krankenhauses in Landsberg a. Lech, welches sowohl unter dem Namen Städtisches Krankenhaus als auch Kreiskrankenhaus zu finden ist. Heute trägt es den Namen Klinikum Landsberg a. Lech.

In der Abgabe finden sich ferner Akten zum Denkmalschutz, besonders zu Renovierungen kirchlicher Gebäude, sowie zur Künstlergilde in Landsberg a. Lech, zur Situation der Gemeindearchive und zur Kreiskellerei Landsberg a. Lech. Ein Blick in die Findbücher lohnt sich auf jeden Fall – insgesamt gesehen liegt hier eine historische Fundgrube für die regionale und überregionale Forschung vor.

Edith Plöthner, Susanne Millet

Erschließung der Landesversicherungsanstalt Oberbayern abgeschlossen

Die Landesversicherungsanstalt (LVA) Oberbayern, gegründet 1890, war bis zur Neuorganisation des Rentenversicherungswesens der gesetzliche Rentenversicherungsträger für die Arbeiter sowie für die gesetzlich pflichtversicherten selbständigen Handwerker und Gewerbetreibenden in Oberbayern. Im Jahr 2005 wurde die gesetzliche Rentenversicherung reformiert. Seither bilden die Landesversicherungsanstalten die Regionalebene der bundesweiten „Deutsche Rentenversicherung“ (DRV). Sie bleiben allerdings als regionale Einrichtungen selbständige Rentenversicherungsträger. Durch die Reform von 2005 erhielt die LVA Oberbayern die neue Bezeichnung „Deutsche Rentenversicherung Oberbayern“. Schon 2007 fusionierte sie mit der DRV Niederbayern-Oberpfalz zum neuen Versicherungsträger „Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd“ mit Hauptsitz in Landshut. Die DRV Bayern Süd ist somit Nachfolgerin der drei ehemals eigenständigen Landesversicherungsanstalten Oberbayern, Niederbayern und Oberpfalz (letztere seit 1. Januar 1932 in der LVA Niederbayern-Oberpfalz zusammengeschlossen). Die LVA bzw. DRV ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung, die je zur Hälfte von Vertretern der Arbeitgeber und der Versicherten getragen wird. Sie unterliegt der staatlichen Rechtsaufsicht und gewährt neben den gesetzlichen Renten auch Rehabilitationsleistungen und Krankenversicherungsbeiträge für die Rentner.

Der Bestand LVA/DRV im Staatsarchiv München umfasst die Provenienzstellen Landesversicherungsanstalt Oberbayern und seine Nachfolgeorganisationen DRV Oberbayern und DRV Bayern Süd. Die Anbieter nach dem Bayerischen Ar-

chivgesetz wurde 1994 in einer Archivierungsvereinbarung geregelt; sie gilt auch für die DRV weiter. Seither werden dem Staatsarchiv laufend nach Erscheinen die periodischen Geschäftsberichte, Jahresrechnungen, Satzungen sowie die Organisations- und Geschäftsverteilungspläne übersandt. Zusätzlich werden dem Staatsarchiv nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen die Personalakten der Bediensteten und Stichproben aus den Versichertenakten sowie 30 Jahre nach Entstehung die Protokolle der Selbstverwaltungsgremien und fallweise sonstige Unterlagen angeboten.

Die Überlieferung der LVA/DRV im Staatsarchiv München beginnt im Bereich der Personalakten bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert. Eine erste Stichprobe aus den Versichertenunterlagen stammt aus den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts: Von den Quittungskarten für die Versicherungsbeiträge ist eine Auswahl nach Geburtsdatum (9.–18. Juli 1892 und 1.–10. Januar 1893) im Umfang von knapp 1000 Stück überliefert. Eine weitere, noch umfangreichere Stichprobe existiert aus der Mitte des 20. Jahrhunderts; hier sind die Rentenbescheide der Invaliditäts-, Witwen- und Krankenrentenbezieher mit dem Todesjahr 1951 vorhanden. Regelmäßige Stichproben (Geburtsdaten 16.6. und 19.12.) von Versichertenakten setzen jedoch erst mit der Archivierungsvereinbarung von 1994 ein. Seit der Fusion zur DRV Bayern Süd erhält das Staatsarchiv München nur noch Unterlagen der ehemaligen LVA Oberbayern und oberbayerische Versichertenakten sowie die laufenden Publikationen Geschäftsbericht, Haushaltsplan und Jahresrechnung, während die übrigen Verwaltungsunterlagen im zuständigen Staatsarchiv Landshut archiviert werden. Durch die vollständige Digitalisierung der DRV-Registaturen werden voraussichtlich ab dem Jahr 2010 auch die Versichertenakten nur noch in digitaler Form abgegeben werden.

Thomas Paringer

Überlieferung der gesetzlichen Krankenversicherungsträger im Staatsarchiv München. Eine Bestandsaufnahme

Mit der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung im Deutschen Reich im Jahr 1883 entstanden mit den Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK), den Innungskrankenkassen (IKK) und den Betriebskrankenkassen (BKK) neue, selbstverwaltete Träger in dieser Versicherungssparte. Ihre Sprengel waren lokal begrenzt; sie umfassten den oder die betrieblichen Standort(e) bzw. den Sprengel der Innung; im Fall der AOKs orientierten sie

sich meist an den Bezirksämtern und später den Landratsämtern; nach der Gebietsreform fusionierten noch verbliebene kleinere AOKs auf Großlandkreisebene.

Die Krankenversicherungsträger sind Körperschaften des öffentlichen Rechts; damit unterliegen sie der staatlichen Rechtsaufsicht, verfügen aber über eigene Selbstverwaltungsgremien, die sich aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern bzw. Versicherten zusammensetzen. Neben der Vertreterversammlung und deren Ausschüssen sind auch die Vorstände als Gremien verfasst.

Einen grundlegenden organisatorischen Einschnitt brachte das Gesundheitsstrukturgesetz von 1992, das ab 1996 die freie Kassenwahl der Versicherten und den freien Wettbewerb unter den Krankenkassen eröffnete. Diese Reform veranlasste die bis dahin eigenständigen bayerischen AOKs zum landesweiten Zusammenschluss unter der Bezeichnung „AOK Bayern – Die Gesundheitskasse“, der 1996 vollzogen wurde. Durch die Öffnungsoption traten auch die IKKs und BKKs in Konkurrenz zueinander, was einen gewaltigen Konzentrationsprozess anstieß, der noch immer anhält. Viele der vor 1996 existierenden Betriebs- und Innungskrankenkassen sind daher heute in größeren Zusammenschlüssen aufgegangen. Die vier oberbayerischen IKKs fusionierten schon 1995 zur IKK Oberbayern, die 1999 in der IKK Bayern aufging. Bundesweit existieren heute nur noch vierzehn IKKs, von denen keine mehr ihren Hauptsitz in Oberbayern hat. Die ehemals knapp zwanzig BKKs mit Sitz in Oberbayern sind in größeren Zusammenschlüssen aufgegangen, sofern sie nicht betriebsbezogen bleiben (z.B. BKK BMW AG).

Träger der Krankenversicherung für Land- und Forstwirte, die auch weiterhin ausschließlich für diese Berufsgruppe geöffnet ist, war der Landwirtschaftliche Sozialversicherungsträger Oberbayern (mit den Untergliederungen Landwirtschaftliche Kranken- und Pflegekasse, Landwirtschaftliche Alterskasse und Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft). Im Jahr 2001 fusionierte er zur Landwirtschaftlichen Sozialversicherung Franken und Oberbayern mit Hauptsitz in Bayreuth.

In den Jahren 1990 bis 1996 wurden zwischen allen oberbayerischen gesetzlichen Krankenkassen und dem Staatsarchiv München Archivierungsvereinbarungen geschlossen, die die Anbietepflicht nach dem Bayerischen Archivgesetz regelten bzw. auf einzelne Unterlagengruppen einschränkten. Aufgrund der Umorganisation der AOKs wurde 1999 eine neue Archivierungsvereinbarung zwi-

schen der staatlichen Archivverwaltung und der AOK Bayern getroffen. Die zehn oberbayerischen AOK-Direktionen archivieren seither vereinbarungsgemäß beim Staatsarchiv München. Die Archivierungsvereinbarung umfasst die vor mehr als 30 Jahren abgeschlossenen Protokolle des Verwaltungsrates, der Beiräte und des Vorstandes, die Personalakten in Auswahl sowie sonstige, für die Geschichte der AOK bedeutsame Unterlagen. Die einheitliche Satzung der AOK Bayern mit den Fortschreibungen und Änderungen wird nunmehr zusammen mit der übrigen Überlieferung der bayerischen AOK-Zentrale im Bayerischen Hauptstaatsarchiv archiviert.

Die Überlieferungsbildung bei den oberbayerischen IKKs, BKKs und dem Landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger Oberbayern ist wegen der bald nach Propagierung der Archivierungsvereinbarung eingetretenen Fusionen nur bruchstückhaft geblieben. Mit dem Aufgehen der IKK Oberbayern in der IKK Bayern im Dezember 1999 endete die Zuständigkeit des Staatsarchivs München für diese Körperschaft. Beim Landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger Oberbayern kam die Überlieferungsbildung überhaupt nicht in Gang. Auch von den BKKs nutzten nur wenige die Archivierungsmöglichkeit im Staatsarchiv München (namentlich die BKK MD Papier GmbH – Technocell AG = Die Persönliche BKK, die BKK Schubert & Salzer Maschinenfabrik AG, die BKK Steinbeis & Co. GmbH = Steinbeis Gessner GmbH, die BKK Stadtwerke-Verkehrsbetriebe München und in deren Nachfolge die BKK Stadtwerke München sowie die BKK Land Bayern).

Aus den zahlreichen, kleinteiligen Abgaben der vielen Körperschaften, die im Staatsarchiv München seit Anfang der 1990-er Jahre angefallen sind, wurden nun die zwei Bestände „AOK“ und „IKK/BKK“ neu geschaffen und fertig verzeichnet.

Leider beschränkt sich die Überlieferung häufig auf die jährlich veröffentlichten Druckschriften (Geschäftsbericht, Haushaltsplan, Jahresrechnung). Bei den AOKs ragen besonders die AOK Landsberg mit einer fast lückenlosen Überlieferung ihrer Gremienniederschriften seit dem Ersten Weltkrieg und die AOK Mühldorf seit den 1950-er Jahren heraus, dazu die AOK Bad Reichenhall mit einer großen Anzahl von Personalakten, die bis in die 1930-er Jahre zurückreichen. Im Bereich der Innungskrankenkassen stammt die wenig umfangreiche Überlieferung überwiegend aus dem Zeitraum 1980 bis 1999, bei den Betriebskrankenkassen ist nur die BKK Stadtwerke-Verkehrsbetriebe München mit einer etwas dichteren Überlieferung

für die Jahre 1990 bis ca. 1997 erwähnenswert. Die übrigen Innungskrankenkassen sowie der Landwirtschaftliche Sozialversicherungsträger Oberbayern sind jeweils nur mit wenigen, meist gedruckten Unterlagen vertreten.

Festzuhalten bleibt, dass von siebzehn Betriebskrankenkassen, die mit dem Staatsarchiv München seit 1990 eine Archivierungsvereinbarung geschlossen haben, nur vier jemals abgegeben haben. Die Innungs- und Betriebskrankenkassen und auch die Allgemeinen Ortskrankenkassen in ihrer ursprünglichen Form sind inzwischen Geschichte – trotz der von der Generaldirektion und den Staatsarchiven vorbereiteten Archivierungsvereinbarungen werden ihre Tätigkeit, ihr Aufbau und ihre Organisation in den Archiven nur in geringem Umfang dokumentiert sein.

Thomas Paringer

Staatsarchiv Nürnberg

Schriftgut des Pegnitzkreises (1808–1810) im Staatsarchiv Nürnberg neu formiert

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1808 wurde das neue Königreich Bayern auf der mittleren Ebene in fünfzehn nach französischem Vorbild nach Flüssen benannte Kreise eingeteilt. Das Staatsarchiv Nürnberg ist für die Schriftgutüberlieferung des Altmühlkreises (Hauptstadt Eichstätt), des (1.) Rezatkreises (Hauptstadt Ansbach) und des Pegnitzkreises (Hauptstadt Nürnberg) zuständig.

Im Zuge der Formierung provenienzzreiner Bestände wurde nun nach 200 Jahren die Registratur der beiden für die Innere Verwaltung (sog. Policy) und für das Finanzwesen zuständigen Mittelbehörden des Pegnitzkreises im Staatsarchiv Nürnberg wiederhergestellt. Die beiden neugebildeten Bestände „Generalkommissariat des Pegnitzkreises“ (Rep. 270-01) und „Finanzdirektion des Pegnitzkreises“ (Rep. 271-01) mit 421 bzw. 209 Archivalieneinheiten sind durch entsprechende Findbücher erschlossen.

Der Pegnitzkreis umfasste die Landgerichte (älterer Ordnung) Forchheim, Pottenstein, Gräfenberg, Lauf (bis Frühjahr 1809 Sitz in Schnaittach), Hersbruck, Altdorf, Nürnberg, Schwabach und Cadolzburg sowie die beiden Städte Nürnberg (mit einer Polizeidirektion) und Fürth (mit einem Polizeikommissariat).

Das vorhandene Schriftgut dokumentiert gut die Arbeit der beiden Behörden, was auch die jeweilige Bestandsgliederung zeigt: So betreffen die Unterlagen des Generalkommissariats in der Begrifflichkeit der damaligen Zeit z.B. die Bereiche Äu-

ßere Staatsverhältnisse, Landesregierungssachen, Sicherheits„policy“ gegen Menschen und gegen Unglücksfälle, Gesundheits-, Nahrungs-, Handlungs- und Gewerbs„policy“, Sorge für die Armenpflege, Schulwesen, Religionsgegenstände, Verfassung der Juden, Statistik und Militärgegenstände. Die bei der Patrimonialstiftungs- und Komunalkuratel v.a. über Gemeindefachen geführten Akten wurden dem Bestand am Ende angefügt.



Ausschnitt aus einer Karte des Königreichs Bayern mit seinen 15 Kreisen von 1808; hier: Pegnitzkreis (Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Kartensammlung 732)

Das Schriftgut der Finanzdirektion betrifft z.B. Bestallungs- und Dienstsachen, Geschäftslokalitäten, Staatsrealitäten, Brauwesen, Zehntsachen, Zoll- und Mautwesen, Kreiskasse, Land- und Wasserbauwesen, Forst- und Jagdgegenstände, Lehensachen sowie das Rechnungswesen ehemaliger Nürnberger Ämter.

Die Archivalien wurden überwiegend aus den verschiedenen Abgaben der Regierung von Mittelfranken, Kammer des Innern und Kammer der Finanzen herausgelöst; einige Akten waren auch im Rahmen der Beständebereinigung von den Staatsarchiven Bamberg und Amberg abgegeben worden.

Der Pegnitzkreis bestand zwei Jahre, wurde bereits zum 31. Oktober 1810 aufgelöst und bei der neuen Territorialeinteilung Bayerns größtenteils in den (2.) Rezatkreis eingegliedert.

Gunther Friedrich

Staatsarchiv Würzburg

Urkundenbestand des Klosters Himmelspforten neu erschlossen

Die provenienzgemaße Neuerschließung der Urkundenbestände des Staatsarchivs Würzburg schreitet weiter voran. Vor kurzem konnte mit den Urkunden des vor den Toren Würzburgs gelegenen Zisterzienserinnenklosters Himmelspforten ein weiterer wichtiger Klosterbestand aus dem Bereich des Hochstifts Würzburg formiert und neu registriert werden. Damit findet die für die Würzburger Archivverhältnisse so typische heillose Zersplitterung der Himmelspfortener Überlieferung nach rund 200 Jahren zumindest für die Quellengattung der Urkunden ihr Ende. Die Grundlage der Bestandsrekonstruktion bildet ein glücklicherweise erhaltenes Archivalienverzeichnis des damaligen Klosterverwalters Michel Hofmann aus dem Jahr 1803/04, das eine sichere Identifizierung der einschlägigen Urkunden erlaubt. Der Fonds umfasst nach geringen Verlusten heute insgesamt 597 Urkunden aus der Zeit von 1231 bis 1781 und liefert damit wichtige historische Dokumente für praktisch die gesamte Bestandszeit des 1231 von Bischof Hermann von Lobdeburg gegründeten und am 5. Mai 1804 endgültig aufgehobenen Nonnenklosters. Die umfangreichen Verzeichnungsarbei-

ten sowie die Erstellung des ausführlichen Orts-, Personen- und Sachregisters lagen wiederum in den bewährten Händen von Dr. Ekhard Schöffler. Angelehnt an die Urkundenregesten zur Geschichte des Zisterzienserinnenklosters Himmelspforten 1231–1400 von Hermann Hoffmann aus dem Jahr 1962 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg, Bd. 14) führen sie dieses verdienstvolle Werk bis zur Aufhebung des Klosters weiter und stellen damit der Würzburger Landesgeschichtsforschung zahlreiche neue, gut aufbereitete und nun leicht zugängliche Quellen zur Verfügung. Allerdings muss einschränkend betont werden, dass das vorliegende Findmittel sich streng am Provenienzprinzip orientiert und damit nur diejenigen Urkunden erfasst, die am Ende des Alten Reiches tatsächlich im Archiv des Klosters Himmelspforten verwahrt wurden. Somit weicht dieser Ansatz konzeptionell etwas von der Grundidee ab, die hinter dem Hoffmannschen Regestenband steht. Abschließend sei erwähnt, dass das neue Repertorium inzwischen auch als Online-Findmittel des Staatsarchivs Würzburg auf der Homepage der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns (<http://www.gda.bayern.de>) abgerufen werden kann.

Jens Martin

Bestandserhaltung

Konservierung brandgeschädigter Amtsbücher des Staatsarchivs Landshut

Noch immer sind die Folgen des Großbrandes von 1961 auf der Burg Trausnitz nicht gänzlich beseitigt. Im Staatsarchiv Landshut lagen bis vor kurzem ca. tausend Briefprotokollbände aus den Rentmeisterämtern Landshut und Straubing mit einem Gesamtumfang von 46,6 laufenden Metern, die die Feuerkatastrophe zwar mit einem Verlust von rund 20 Prozent der Originalsubstanz überstanden haben, aber mehr oder weniger stark brand- bzw. löschwassergeschädigt sind. Im schlimmsten Fall sind nur noch die unverbrannten Kerne der Buchblöcke vorhanden, lediglich vereinzelt sind Einbandreste übrig. Eine Restaurierung war wegen des hohen Aufwands unterblieben, was zur Folge hatte, dass die schadhafte Briefprotokolle jahrzehntelang nicht benutzbar waren. Von der in den 1960-er Jahren bei anderen brandgeschädigten Archivalien aus Landshut praktizierten Instandsetzung durch Einbetten oder Laminieren ist man inzwischen abgekommen, da sich die Blätter zwi-

schen den Laminierfolien zu wellen beginnen. Wie eine Kostenkalkulation ergeben hat, würde aber auch eine Restaurierung der insgesamt rund 211.000 Einzelblätter mit moderner Spalt- und Anfasertechnik zu sehr hohen Dienstleisterkosten führen. Daher fiel 2007 die Entscheidung, die schadhafte Bände einer rein konservatorischen Maßnahme mit integrierter Mikroverfilmung zu unterziehen, lassen sich doch beide Ziele des Projekts, Bestandssicherung und Nutzbarmachung, auch mit dieser weitaus ökonomischeren Methode erreichen.

Nach einer exakten Schadenserfassung seitens der Restaurierungswerkstatt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs leistete das Staatsarchiv Landshut wichtige Vorarbeiten, indem die Briefprotokolle erschlossen und aufgelistet wurden. Aus lagerungstechnischen Gründen bilden die Amtsbuchreste einen fortlaufend durchnummerierten Selekt, bei dem die Provenienzen der einzelnen Bände in den Erschließungslisten festgehalten sind. Im März 2008 begann im Bayerischen Hauptstaats-

archiv die konservatorische Sicherung der zwischenzeitlich nach München transportierten Archivalien. Dazu wurde im Magazinbereich der Abteilung IV/Kriegsarchiv ein spezieller Arbeitsplatz eingerichtet, an dem bis zu zwei projektbezogene Mitarbeiter auf Ein-Euro-Basis, angeleitet durch die Restaurierungswerkstatt, mechanisch die losen, angesengten und verkohlten Blattränder entfernen. Anschließend werden die provisorisch neu verpackten Bände sorgfältig sicherungsverfilmt. Angesichts des nach wie vor labilen Materials lassen sich dabei nur 1.500 bis 2.000 doppelseitige Aufnahmen pro Tag produzieren. Anschließend erfolgt die endgültige Neuverpackung in alterungsbeständige Jurismappen und in vom Berufsbildungswerk München hergestellte Streckmappen, das Tektieren und das Einlegen in Stülpedeckelkartons. Bis Anfang Mai 2009 hatten die vier

unterschiedlich lange im Projekt eingesetzten MAW-Kräfte insgesamt rund 70 Arbeitswochen investiert. Die Reinigung ist inzwischen abgeschlossen. Verfilmt sind bislang 600 Bände, ein Teil davon ist bereits endverpackt. Bis August 2009 soll der gesamte Bestand bearbeitet und für den Rücktransport nach Landshut vorbereitet sein. Mit der Herstellung von Duplikatfilmen auf Silber- und Diazobasis werden bis Jahresende auch die Schutzfilme für die künftige Benützung vorliegen. Damit kann eine weitere Schädigung der zwar konservatorisch stabilisierten, aber nicht restaurierten Briefprotokolle vermieden werden.

Das Projekt soll am 5. September 2009 im Rahmen einer Präsentation beim 5. Aktionstag für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts in Ludwigsburg vorgestellt werden.

Gerhard Fürmetz

Ausbildung

Neue Lehrinhalte für die Ausbildung mittlerer Archivdienst

Am 1. September 2009 beginnt ein neuer Ausbildungskurs für den mittleren Archivdienst an der Bayerischen Archivschule. Diese in besonderem Maße praxisorientierte Ausbildung deckt gleichzeitig zwei Ausbildungsziele ab: Die Ausbildung zum Archivar und die Ausbildung zum Verwaltungsbeamten, der eine zeitgemäße, auf ein elektronisches Dokumentenmanagementsystem gestützte Registratur leiten kann. Grundlage für die Ausbildung bildet die Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Archivdienst bei den öffentlichen Archiven vom 24. Februar 2000 (ZAPomArchD, GVBl S. 94).

Für den neuen Ausbildungskurs wurden die Ausbildungsinhalte den heutigen Anforderungen an die archivische Arbeit wie an die Schriftgutverwaltung angepasst. Vor allem wurden die Lehrinhalte des EDV-/IT-Unterrichts neu festgelegt. Das Kontingent von 66 Stunden gliedert sich nun folgendermaßen: Einblicke in archivische Standards auf nationaler und internationaler Ebene, Beherrschung der archivischen Erschließungssoftware Faust sowie eine Einführung in das elektronische Dokumentenmanagement und die elektronische Vorgangsbearbeitung. Der Unterricht zu letztgenanntem Punkt wird begleitet durch ein Praktikum in der Generaldirektion, die zum 1. Oktober 2009 das Produkt „Fabasoft e-Gov-Suite+ Bayern“ der Firma Fabasoft GmbH einführen wird. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die

Absolventinnen und Absolventen des Ausbildungskurses sowohl in den staatlichen Archiven selbst aber auch bei anderen Arbeitgebern elektronische Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssysteme bedienen können. Durch Besuche bei Behörden und Gerichten werden darüber hinaus Einblicke in andere Systeme vermittelt.

Die Vielzahl digitaler Unterlagen in Behörden, Gerichten und Kommunen und die damit verbundenen Probleme und Herausforderungen werden in dem neuen Unterrichtsfach „Digitale Unterlagen“ aufgezeigt. Auch Fragen der Langzeitspeicherung und Lesbarhaltung über viele Jahre werden thematisiert. Im Unterrichtsfach „Aussonderungswesen“ werden künftig nicht nur die Aussonderung papierener Unterlagen an die zuständigen Archive behandelt werden, sondern auch die der digitalen Unterlagen. Als neue Unterrichtsfächer werden darüber hinaus eingeführt: Methodik des selbständigen Arbeitens sowie Magazinverwaltung. Bei letzterem geht es besonders um eine optimale Platzausnutzung von Archivmagazinen. Konservatorische Aspekte einer sachgerechten Lagerung werden im Fach „Bestandserhaltung (Archivbau und Archiveinrichtung), Restaurierung“ vermittelt. Durch Besuche von Behörden, Gerichten und Kommunen aber auch von anderen Archiven in öffentlich-rechtlicher oder privater Trägerschaft sowie von Museen und Sammlungen werden Kontakte hergestellt und die Archive als Bestandteile von Netzwerken erlebbar gemacht.

Die Ausbildung für den mittleren Archivdienst besteht aus zwei nahezu gleichwertigen Blöcken von Theorie und Praxis. Die Praktika finden in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, im Staatsarchiv München, im Stadtarchiv München sowie im Archiv des Erzbistums München und Freising statt. Durch diese sehr unterschiedlichen Praktikumsstationen werden die Anforderungen an die jeweiligen Archive und die daraus resultierenden Arbeitsweisen den Schülerinnen und Schülern vermittelt.

Margit Ksoll-Marcon

Generaldirektion „zuständige Stelle“ für FaMI-Archiv

Die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns ist nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) seit dem 1. Juni 2008 „zuständige Stelle“ für die Berufsausbildung der Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste der Fachrichtung Archiv für den Bereich des öffentlichen Dienstes in Bayern.

Der Beruf „Fachangestellte(r) für Medien- und Informationsdienste (FaMI)“ ist ein anerkannter dualer Ausbildungsberuf mit Spezialisierung in Form von Fachrichtungen für den Bereich Archive, Bibliotheken, Informations- und Dokumentationseinrichtungen, Medizinische Dokumentation und Bildagenturen. Die Ausbildungsdauer beträgt drei Jahre und kann bei bestimmter Vorbildung verkürzt werden.

Als schulische Vorbildung wird mindestens ein qualifizierender Hauptschulabschluss empfohlen. Die Auszubildenden werden in einem Ausbildungsarchiv berufspraktisch ausgebildet. Bewerbungen sind an die ausbildenden Archive zu richten. Die Auszubildenden besuchen zusätzlich die Städtische Berufsschule für Medienberufe in München und erwerben dort sowohl fachtheoretische Grundkenntnisse und Fähigkeiten, als auch fachrichtungsspezifische Qualifikationen. Der Unterricht findet in Blockform statt.

Den Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste in der Fachrichtung Archiv werden folgende spezielle Fertigkeiten und Kenntnisse vermittelt:

- Sichten, Bewerten und Übernehmen von Schriftgut und anderen Informationsträgern,
- Ordnen und Verzeichnen von Schriftgut und anderen Informationsträgern,
- Gestalten von Findmitteln,
- Kenntnisse in der Schriftkunde des 19. und 20. Jahrhunderts,

- technische Bearbeitung und Aufbewahrung von Archivgut,
- Ausleihe von Archivgut und deren Überwachung,
- Mitarbeit bei der Auskunftserteilung und den Recherchen,
- Mitwirken bei Ausstellungen, Veranstaltungen und bei der Erstellung von Informationsmaterialien.

FaMIs können in staatlichen und kommunalen Archiven, Privatarchiven, Wirtschafts- und Parlamentsarchiven, Kirchenarchiven und Archiven von Parteien und Institutionen tätig sein. Die Übernahme, Ordnung, Verzeichnung und Erschließung von Schriftgut und anderen Informationsträgern zählen ebenso zu ihren Aufgaben wie die Pflege und Verwaltung der Archivbestände, die gezielte Bereitstellung der Archivalien für interessierte Benutzer, die Öffentlichkeitsarbeit und Aufgaben der Werbung und Verwaltung. Ausbildung und Einsatz erfolgen momentan hauptsächlich in Stadtarchiven. Die Höhe der monatlichen Vergütung während der Ausbildung richtet sich nach den jeweils gültigen Tarifverträgen für Auszubildende.

Für alle Ausbildungsverhältnisse, die ab 1. September 2009 begonnen werden, ist es erforderlich, dass eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter des Archivs, das hauptsächlich mit der Ausbildung beauftragt ist, im Besitz des Ausbildereignungsscheines (Ausbilder-Eignungsverordnung vom 21.1.2009) ist.

Die Bayerische Verwaltungsschule und die Industrie- und Handelskammern bieten dazu Seminare für Ausbilder mit abschließender Ausbilder-eignungsprüfung an.

Die Aufgaben der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns als „zuständige Stelle“ liegen im Bereich der Beratung und Überwachung der Ausbildung, u.a. durch Erlass einer Prüfungsordnung und Erstellen eines Ausbildungsrahmenplans oder Bestellung von Ausbildungsberatern.

Außerdem registriert sie die Berufsausbildungsverträge und entscheidet über die Verkürzung oder Verlängerung von Ausbildungsverhältnissen. Im Kontakt mit der Berufsschule kann sie Einfluss auf die fachtheoretische Ausbildung nehmen. Sie ist aber auch für die Durchführung der Prüfungen (Zwischen- und Abschlussprüfungen) zuständig und stellt die Prüfungszeugnisse aus. Der Berufsbildungsausschuss und der Prüfungsausschuss werden ebenfalls von der zuständigen Stelle bestellt. Die Ausschüsse setzen sich aus den Vertretern der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der Lehrer zusammen.

Ansprechpartnerin bei der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns ist Oberamtsrätin

Christa Schmeißer, Tel.: (089)28638-2487 E-Mail: archivschule@gda.bayern.de

Christa Schmeißer

Ausstellungen

Ausstellung „Helle Köpfe – Die Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1759–2009“ im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv zeigt in seinen Ausstellungsräumen an der Ludwigstraße 14 vom 28. März bis 5. Juli 2009 eine Ausstellung über die 250-jährige Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften.

Diese wird in zwei großen Abschnitten präsentiert:

Der erste Teil umfasst die Gründungsgeschichte bis 1848. Ausgehend von der Vorläufergesellschaft der „Academia Carolo Albertina“, die aus dem klösterlichen Bereich hervorgegangen, jedoch an der fehlenden Protektion des Landesherrn gescheitert war, werden die Vorgänge um die Gründung der kurfürstlichen Akademie der Wissenschaften 1758/59 durch Johann Georg von Lori dargestellt. Abschnitte über organisatorische Fragen wie die Finanzierung durch die Kalenderstempel und die Unterbringung seit 1783 im Wilhelminum, dem ehemaligen Jesuitenkolleg an der Neuhauser Straße in München, den Beginn der Forschungsarbeiten in zwei Klassen, nämlich der historischen und der philosophischen Klasse, und die Krise, in die die Akademie durch die Illuminatenverfolgungen geriet, leiten über zum nächsten Schwerpunkt, der Umwandlung der Akademie am 1. Mai 1807 in eine „Königliche Centralstelle“ mit staatlich ernannten und besoldeten Mitgliedern. Der neuen Staatsakademie wurden die durch die vorangegangene Säkularisation stark angewachsenen Sammlungen und Anstalten des Staates als sogenannte Attribute angegliedert, so die Zentralbibliothek, das Naturalienkabinett, das chemische Laboratorium, das Münzkabinett, das Antiquarium, die Sternwarte in Bogenhausen, der Botanische Garten und das Anatomische Theater. Die Akademie erlebte unter dem Königtum Max I. Joseph einen Höhepunkt wissenschaftlicher Forschungsleistungen, die u.a. anhand der Erfindungen Joseph von Fraunhofers und seiner optischen Präzisionsinstrumente präsentiert werden.

Die Verlegung der Universität von Landshut nach München durch König Ludwig I. 1826 stellte eine weitere Zäsur in der Geschichte der Akademie dar. Nachdem sie in den Jahren davor als Ersatzuniversität gewirkt hatte, wurde sie durch die

Verordnung von 1827 wieder aus dem Staatsdienst gelöst und in ihre ursprüngliche Form als reine Forschungseinrichtung zurückgeführt. Die „Attribute“ wurden ausgegliedert und teils einem neu geschaffenen Generalkonservatorium unterstellt, dessen Vorsitz der Akademiepräsident bis 1936 in Personalunion innehatte. Die Akademie litt unter dem Sparkurs und den Kontrollmaßnahmen des Königs, der sich mehr für Kunst als für Wissenschaft interessierte. 1841 griff Ludwig I. in die Selbstverwaltung der Akademie ein, indem er die Ernennung des Akademievorstands und die Wahl von je sechs Mitgliedern in jeder Klasse an sich zog.

Ludwigs Nachfolger König Maximilian II. gab der Akademie 1849 das freie Wahlrecht ihrer Mitglieder zurück. Sein Wissenschaftsinteresse wird durch die Stiftung von zwei neuen Kommissionen bei der Akademie dokumentiert, der Naturwissenschaftlich-technischen Kommission von 1852 und der Historischen Kommission von 1858, die er beide aus seiner Privatschatulle finanzierte. Berühmte Gelehrte dieser Epoche, die die Akademie nachhaltig prägten, werden vorgestellt: Friedrich Thiersch, Akademiepräsident und Begründer der humanistischen Schulbildung in Bayern, Friedrich Benedikt Wilhelm Hermann, der erste Nationalökonom an der Münchner Universität und Akademie, Justus von Liebig, der berühmteste Chemiker des 19. Jahrhunderts, sein Schüler Max von Pettenkofer, der große Hygieniker und Bekämpfer der Choleraepidemie, sowie der Theologe Ignaz von Döllinger, der nach seiner Exkommunizierung zum Präsidenten der Akademie gewählt wurde.

Nach der Reichsgründung 1870/71 förderte privates Mäzenatentum die Akademie so reichlich, dass 1914 die Hälfte des jährlichen Finanzbedarfs durch Stiftungen gedeckt wurde. Dies ließ große Projekte zu, wie die Beispiele der archäologischen Ausgrabungen Adolf Furtwänglers in Ägina oder die Verlegung des Botanischen Gartens in München aufzuzeigen.

Durch die Reichseinheit wurden auch Kooperationen mit anderen Akademien bei umfangreichen Forschungsprojekten möglich, die die Kapazität einer einzelnen Akademie überstiegen. Das Werk des Thesaurus linguae Latinae führte 1893 zum

Zusammenschluss der deutschen Akademien im Kartell. Sechs Jahre später kam eine zweite umfassendere Vereinigung zustande, die Internationale Assoziation der Akademien.

Der einstige Reichtum der ethnologischen und zoologischen Sammlungen wird in einem zufällig wieder aufgefundenen originalen Vitrinenschrank der „Alten Akademie“ vorgestellt, wobei die Rolle der Naturforscherin Prinzessin Therese von Bayern, des ersten und bisher einzigen weiblichen Ehrenmitglieds der Akademie, besonders gewürdigt wird.

Am Beispiel von drei Projekten des Ersten Weltkriegs wird gezeigt, dass in Kriegszeiten die Arbeit der Akademie nicht stagnierte: die Untersuchung der Soldatensprache, neugriechische Dialektstudien an einem in Deutschland internierten griechischen Armeekorps und die Erforschung freilebender Wisente im Urwald von Bialowice in Ostpolen nach 1915.

Dass im frühen 20. Jahrhundert naturwissenschaftliche Koryphäen an der Akademie wirkten, wird an den Beispielen Carl von Linde, Wilhelm Conrad Röntgen, Arnold Sommerfeld und Richard Willstätter vorgeführt.

Für die Zeit des Nationalsozialismus werden die wesentlichen, die Akademie prägenden Maßnahmen dokumentiert, nämlich die Durchsetzung der Wahl von Karl Alexander von Müller zum Präsidenten, Satzungsänderung, Eingriffe in das Wahlsystem und Verfolgung „nicht arischer“ Mitglieder. 1936 wurden die staatlichen Sammlungen auf Dauer von der Akademie abgetrennt. Das Akademiegebäude an der Neuhauser Straße wurde 1944 durch einen Bombenangriff bis auf die Grundmauern zerstört. Nach dem Zusammenbruch konnte die Akademie 1946 unter Präsident Walther Meißner in einem provisorischen Domizil wieder eröffnet werden. Sie beschränkt sich jedoch erst mit dem Einzug in die Münchner Residenz und mit der Verleihung des Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts den bis heute anhaltenden Aufschwung. Zwischen 1959 und 2008 wurden 23 neue Kommissionen geschaffen, in denen die Arbeit der Akademie stattfindet. Von den gegenwärtig 41 Kommissionen stellen je vier der Philosophisch-historischen und der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse in der Ausstellung ihre Forschungen vor.

Sylvia Krauß

Lehrausstellungen des Lehrgangs 2007/2010 der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege – Fachrichtung Archivwesen werden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv gezeigt

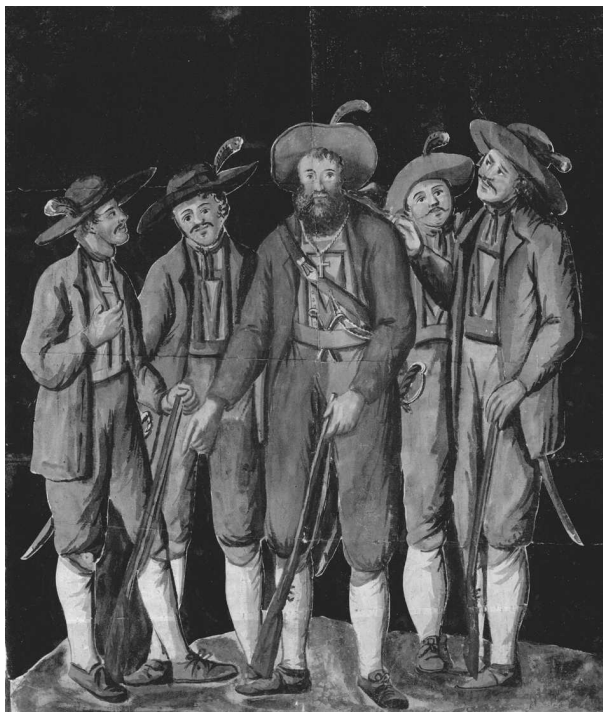
Schon seit der Institutionalisierung der Ausbildung für den gehobenen Archivdienst im Rahmen der Bayerischen Beamtenfachhochschule gehören das Unterrichtsfach „Ausstellungswesen und Öffentlichkeitsarbeit“ und die Erarbeitung einer Lehrausstellung zu den festen Bestandteilen des Lehrplans auch dieser Laufbahn. Im Vorbereitungsdienst 2007/2010 wurde wiederum der Ausstellungsvorbereitung eine eigene Ausbildungsstation als Teil des im Bayerischen Hauptstaatsarchiv durchgeführten Hauptpraktikums gewidmet. Dabei sollten sämtliche Phasen von der Themenwahl und Recherche über die Auswahl der Exponate und das Schreiben des Begleittextes und der Exponatbeschriftungen bis hin zum tatsächlichen Aufbau bewältigt werden. Als Arbeitsergebnisse werden – aus den Beständen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und auch mit Leihgaben anderer Institutionen – seit Februar von den Kursteilnehmern die unterschiedlichsten Themenbereiche präsentiert:

Mit „Bayerischer Philhellenismus unter König Ludwig I.“ wurden zum Auftakt sowohl die bayerischen Unternehmungen in Griechenland als auch die Entstehung der „griechischen“ Bauten in Bayern in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts thematisiert.

Von Mitte April bis Mitte Mai zeigte die Ausstellung über die „Wallfahrtskirche Unser Herr im Elend“ Entstehung, Blütezeit und Niedergang einer barocken Wallfahrt des Klosters Attel am Inn. Die Überlieferung des Hauptstaatsarchivs wurde hier durch Leihgaben aus dem Pfarrarchiv Attel und dem Stadtmuseum Wasserburg ergänzt.

Die Ausstellung „Gauleiter Adolf Wagner“ stellt im Mai und Juni einen wichtigen Protagonisten des Nationalsozialismus in Bayern vor, dessen Nachlass im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrt wird. Die Juli-Ausstellung schließlich widmet sich aus gegebenem Anlass einem länderübergreifenden Thema: Zum 200. Jahrestag der Schlachten am Berg Isel beim Aufstand der Tiroler gegen die bayerische Besatzung von 1809 erinnert die Ausstellung an den Anführer der Tiroler Andreas Hofer. Unter dem Titel „Würzburg als königlich bayerische Garnisonsstadt“ wird von Ende Juli bis Mitte September auch die sozialhistorische und städtebauliche Bedeutung einer militärischen Institution für eine Stadt aufgezeigt. Die letzte Ausstellung in dieser Reihe wird schließlich ab Ende September „Die Ingenieurtruppen der Baye-

rischen Armee“ und damit insbesondere die Leistungen der Brückenbauer, Feldtelegraphen und auch Luftschiffer der Bayerischen Armee seit dem 18. Jahrhundert darstellen.



Andreas Hofer und seine Schützen
(Bayerisches Hauptstaatsarchiv, MA Karten und Pläne 505/1)

Die im Treppenhaus des Bayerischen Hauptstaatsarchivs gezeigten Ausstellungen werden jeweils durch kostenlose Begleittexte ergänzt und fanden bisher sehr positive Resonanz bei den Besuchern.

Monika Ruth Franz

Staatsarchiv und Stadtarchiv Amberg erinnern an die Ersterwähnung von Amberg vor 975 Jahren

Kaiser Konrad II. verlieh am 24. April 1034 Bischof Eberhard von Bamberg eine Reihe von Hoheitsrechten in dem Ort Amberg. Diese umfassten insbesondere die Gerichtsbarkeit, das Markt- und Zollregal, die Fährgerechtigkeit, Mühlen, Wasserrechte sowie Fischerei- und Jagdrechte. Das darüber ausgefertigte Diplom, das als Teil der historischen Überlieferung des ehemaligen Hochstifts Bamberg im Staatsarchiv Bamberg verwahrt wird, enthält die älteste urkundliche Erwähnung von Amberg als „villa quae dicitur Ammenberg“.

Als einer der Höhepunkte des Jubiläumsjahrs „975 Jahre Amberg“, das mit einem umfangreichen Festprogramm begangen wird, veranstalteten Stadtarchiv und Staatsarchiv Amberg eine gemeinsame Archivalienausstellung, die am 19. April

2009 durch Oberbürgermeister Wolfgang Dandorfer und Dr. Margit Ksoll-Marcon, Leiterin der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, eröffnet wurde und anschließend bis zum 31. Mai im Stadtmuseum Amberg besichtigt werden konnte. Unter dem Titel „Archivische Schätze. Aus 975 Jahren Amberger Geschichte“ wurden 50 Dokumente gezeigt, die die beiden Bearbeiter der Ausstellung, Dr. Johannes Laschinger vom Stadtarchiv und Dr. Maria Rita Sagstetter vom Staatsarchiv, sowohl nach dem historischen Quellenwert als auch nach typologischen und optisch-ästhetischen Gesichtspunkten ausgewählt hatten. Die Exponate sollten in chronologischer Reihenfolge punktuelle Einblicke in die reiche Vergangenheit der Stadt und ihrer Bürger gewähren. Gleich zu Beginn der Führungslinie konnten die Besucher das Original der Kaiserurkunde von 1034 bestaunen. Die übrigen Exponate stammten vorwiegend aus den Beständen des Stadtarchivs und des Staatsarchivs Amberg. Gezeigt wurden etwa landesherrliche Privilegien für die Amberger Bürger, darunter die älteste Stadtrechtsurkunde, das sog. Rudolfinum von 1294, sowie Verwaltungsschriftgut des Rats, z.B. die ersten erhaltenen Ratsprotokolle und das älteste Exemplar der Bürgerbücher, ebenso Abdrucke der beiden ältesten Stadtsiegel. Aus der Registratur der Regierung Amberg, deren Überlieferung im Staatsarchiv Amberg verwahrt wird, haben sich z.B. das älteste Inventar des kurfürstlichen Schlosses, eine handgezeichnete Karte mit Darstellung des Amberger Burggedings sowie eine Fassaden- und Grundrisszeichnung eines Amberger Bürgerhauses aus dem späten 18. Jahrhundert erhalten. Als Exponat zur Amberger Hochzeit, die der pfälzische Kurprinz Philipp im Februar 1474 mit Margarete, der Tochter Herzog Ludwigs IX. von Bayern-Landshut gefeiert hatte, konnte ein Bericht des kurpfälzischen Kanzlers Mathias Ramung an Kurfürst Friedrich I. gezeigt werden, der im Geheimen Hausarchiv in München überliefert ist.

Als Begleitband zur Ausstellung ist ein Quellenbuch mit gleichnamigem Titel erschienen, das die 50 archivalischen Zeugnisse zur Amberger Vergangenheit – vom Kaiserdiplom Konrads II. bis zum Goldenen Buch der Stadt – in Text und Bild festhält und sie dem interessierten Leser über Ausstellungszeit und Jubiläumsjahr hinaus vergegenwärtigen soll. An vier Abenden im Mai luden Stadt- und Staatsarchiv außerdem in Kooperation mit der VHS Amberg zu Archivaliengesprächen ein, bei denen einzelne herausragende Exponate nochmals intensiver erläutert und ausführlicher in ihren historischen Zusammenhang gestellt werden

konnten, als dies bei den regulären Führungen zu leisten war.

Maria Rita Sagstetter

Ausstellung im Staatsarchiv Bamberg : Eine „wunderbarliche Geburt“ in Oberfranken (1607)

In loser Folge präsentiert das Staatsarchiv Bamberg den Besuchern in Kleinausstellungen entweder neu erschlossene bzw. neue erworbene Bestände oder besondere Objekte. Nach Präsentationen über den Erwerb des Nachlasses Alfred Andreas Heiß oder über die laufenden Ordnungsarbeiten an den Akten des Hochstifts Bamberg wie dem Geheimen Archiv Bayreuth stellt das Staatsarchiv in den Monaten April bis Juni ein besonderes Dokument in den Mittelpunkt einer Ausstellung und geht auf dessen Entstehungs- und Wirkungszusammenhang ein.

Es handelt sich um die Geburt von „siamesischen Zwillingen“ – der Begriff entsteht erst im 19. Jahrhundert – am 10. April 1607 durch die Frau des Nikol Schramm in dem damals bambergisches Dorf Neuensorg (Lkr. Kulmbach). Dieses Ereignis sorgte offensichtlich für einen beträchtlichen Volksauflauf. Sogar Markgraf Christian von Brandenburg-Bayreuth wollte das „wunderwerk“ in Augenschein nehmen. Damit der Fürstbischof von Bamberg nicht zurückstehen müsse, entschied sich der zuständige bambergische Amtmann in Kupferberg, einen Maler zu engagieren, der die Zwillinge zeichnete. Zugleich beschrieb er die „wunderbarliche Geburt“, die er in der Folge nur mehr „Missgeburt“ nennt, ausführlich. Die Zwillinge wurden am 11. April auf die Namen Kunigunde und Margarethe getauft, wie der Matrikel eintrag der Pfarrei Marienweiher im Archiv des Erzbistums Bamberg beweist. Die Namen sind auf der Zeichnung festgehalten, die als absolute Rarität in der Ausstellung im Mittelpunkt steht. Im Akt wie in der Ausstellung geht es in der Folge nicht um deren künstlerischen Wert (für den sich der Amtmann gleich entschuldigt, obwohl viele Flugblattansichten der Zeit nicht besser sind), sondern um die politischen, rechtlichen und sozialgeschichtlichen Umstände.

Wie ihre Mutter so verstarben auch die Zwillinge bald. Markgraf Christian gab offensichtlich Befehl, dass man die Leichname nach Kulmbach schaffen solle. Dies geschah, ohne Kenntnis des zuständigen Pfarrers oder der Bamberger weltlichen Beamten. In der Folge kam es zu Streitigkeiten um die Ausübung von Gerichtsrechten, die typisch sind für die territorialpolitische Konkur-

renz zwischen dem Fürstbistum Bamberg und dem Markgraftum Brandenburg-Bayreuth im heutigen Oberfranken, insbesondere in einem Grenzzort wie Neuensorg.

Ausgehend von der Zeichnung stellt die Ausstellung zunächst die ereignisgeschichtlichen Abläufe vor. In einem weiteren Abschnitt wird anhand unterschiedlicher Archivalientypen die territorialpolitische Konkurrenzsituation von Hochstift Bamberg und Markgraftum in den Mittelpunkt gerückt. Zu den Ausstellungsstücken gehören der Forchheimer Vertrag von 1538 als wichtige Basis eines möglichen friedlichen Miteinanders, die Karte des Oberamts Kupferberg von Sebastian Zweidler (1604), das Urbar des Kastenamts Stadtsteinach wie auch ein opulenter Differenzakt allein zum Dorf Neuensorg, der auf die Häufigkeit der nachbarschaftlichen Differenzen hinweist.

Abschließend wird die Wahrnehmung des Phänomens der „Wunder- oder Missgeburten“ (lat. monstrum) beleuchtet, die die Zeitgenossen faszinierten. Dazu werden v.a. Flugblätter und Flugschriften präsentiert, u.a. aus der Staatsbibliothek Bamberg. Damit wurde nicht nur die Sensationslust des Volks befriedigt. Die Menschen schrieben diesen außergewöhnlichen Schöpfungen eine Bedeutung als göttlich gesandte Zeichen (für Lasterhaftigkeit etc.) zu. Die Schriften dienten daher v.a. als Mahnung. Dass die abnormen Körper auch die ärztliche Neugier weckten, zeigen zahlreiche frühe medizinische Abhandlungen und Darstellungen. Auch der Markgraf und seine Leibärzte setzten im konkreten Fall alles daran, den Leichnam der Zwillinge zur Untersuchung nach Kulmbach zu schaffen. Offensichtlich wurden Fälle abnormer Gestalten aus dem Tierreich wie bei den Menschen von den Ärzten konserviert und in die fürstliche Naturaliensammlung zu Bayreuth – später in das „theatrum anatomicum“ der Universität Erlangen – gegeben, wie ein Schreiben belegt. Berichte über weitere „Wundergeburten“ aus den Akten des Hochstifts Bamberg beschließen die kleine Ausstellung.

Klaus Rupprecht

„Auf der Spur in neue Zeiten. 150 Jahre Wer- rabahn“. Ein Ausstellung im Staatsarchiv Co- burg

Anlässlich des 150-jährigen Bestehens der Werrabahn zeigte das Staatsarchiv Coburg vom 23. Januar bis zum 12. Juni 2009 die Ausstellung „Auf der Spur in neue Zeiten“ als Kooperationsprojekt mit mehreren Partnern, der Initiative Stadtmuseum, den Eisenbahnfreunden Steinachtal, der Histo-

rischen Gesellschaft Coburg und der Fahrgastgemeinschaft ProBahn. Mit der Ausstellung leistete das Staatsarchiv im Verbund mit seinen Kooperationspartnern einen Beitrag dazu, seiner Rolle als ein Haus der Geschichte für die regionale Identität Coburg im Netzwerk mit anderen Institutionen gerecht zu werden, die ebenfalls der historisch-politischen Bildungsarbeit verpflichtet sind.

Schon in Großbritannien entwickelte sich die Eisenbahn als Verkehrs- und Transportmittel zu einem wesentlich Faktor der Industriellen Revolution. Die Bezeichnung von Stephensons Lokomotive Rocket, mit der er 1829 den Wettbewerb um die schnellste und wirtschaftlichste Lokomotive der Liverpool-Manchester Eisenbahngesellschaft gewann, kann dabei durchaus wörtlich genommen werden für den industriellen take-off in Großbritannien. In den Staaten des seit 1815 bestehenden Deutschen Bundes, der einen lockeren Bund souveräner Einzelstaaten darstellte, kam diese neue Technologie seit 1835 rasch zum Einsatz. In diesem Jahr fuhr mit der Lokomotive Adler der erste Zug zwischen Nürnberg und Fürth. Traumhafte Renditen lockten private Investoren an, deren Ziel, wie in Großbritannien die Verbindung zweier Wirtschaftszentren, Nürnberg und Leipzig, war. Im bayerischen Ministerrat setzte sich das Konzept durch, die Bahnlinie von Nürnberg aus über Bamberg, Lichtenfels, Kulmbach nach Hof zu führen. Die 1836 konzessionierte Aktiengesellschaft aber befürwortete die Trasse von Bamberg durch den Itzgrund nach Coburg und weiter in den Werra- und Weserraum. Da jedoch von dieser Aktiengesellschaft überzogene finanzielle Forderungen erhoben wurden, widerrief König Ludwig I. die Konzession und setzte 1840 die Trasse einer Staatsbahn durch, die 1844 bereits Bamberg, 1846 Lichtenfels und 1848 Hof erreichte. Mit dieser Maßnahme aber fiel auch die Entscheidung gegen eine Bahn durch den Itzgrund und für einen Eisenbahnknotenpunkt Lichtenfels, von dem aus eine Verbindung nach Coburg als Abzweigung erfolgen sollte. Es dauerte aber wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten und politischer Uneinigkeit der Thüringer Kleinstaaten noch mehr als zehn Jahre, bis 1856 mit dem Bau der 151 km langen Verbindung von Lichtenfels nach Eisenach begonnen werden konnte. Im Januar 1859 erfolgte die Fertigstellung. Auch hier lag der Betrieb zunächst in privater Hand. Eine Aktiengesellschaft, an der neben Privatleuten auch die wichtigsten Kommunen entlang der Strecke beteiligt waren, war für die Werrabahn verantwortlich, bis diese 1895 verstaatlicht und fortan von der preußischen Eisenbahndirektion Erfurt verwaltet wurde.

In der Ausstellung geht es auch um Aspekte technischer Eisenbahngeschichte. Interessanter aber sind Einblicke in durchaus aktuelle Strukturen von Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität, die das Verkehrsmittel Eisenbahn ermöglicht. In den 1830-er Jahren erfolgten Zusammenschlüsse einzelner Staaten aus wirtschaftlichem Interesse. Das gilt für den Zoll- und Handelsverein der Thüringischen Staaten 1833 ebenso wie für den von Friedrich List initiierten Deutschen Zollverein im Jahr darauf. Beide entwickelten sich zur Grundlage politischer Einheiten, des späteren Freistaats Thüringen bzw. der kleindeutschen Reichsgründung Bismarcks. Ein Netzwerk wie die Eisenbahn als Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung für die Stadt und den ländlichen Raum, in bestimmten Strukturen partiell durchaus heutigen elektronischen Netzwerken vergleichbar, brauchte Baumaßnahmen. Dies war allein schon durch technische Voraussetzungen nötig. Schienenkörper, Gebäude für Technik und Eisenbahnpersonal, aber an erster Stelle sicher die Bahnhöfe, stellen städtebauliche Akzente ersten Ranges dar. Diese wurden wie in Coburg Kristallisationspunkte der Stadterweiterung und mit ihren Folgebauten im gewerblich-industriellen Bereich oder auch im Wohnsektor stadtbildprägend. Thematisiert wurde in der Ausstellung auch die Wahrnehmung der Eisenbahn in der Bevölkerung. Fahrplan und Kursbuch führten zu einer veränderten Haltung gegenüber dem Faktor Zeit. Neben den Auswirkungen auf Handel, Gewerbe und Industrie durch die Anbindung an die Wirtschaftszentren an Rhein und Ruhr bestand nun für Coburg die Möglichkeit über die Nebenfernverbindung Werrabahn in etwa dreieinhalb Stunden Eisenach zu erreichen. Von dort bestand Anschluss nach Hamburg, Köln oder Dortmund oder über den Haltepunkt Meiningen nach Berlin. Die Eisenbahn überzog die Landschaft mit einem stets dichter werdenden Netz von Strecken, die sich zu Hauptschlagadern des Güter- und Warenaustausches und einer wesentlichen Voraussetzung für die Mobilität der Menschen entwickelten. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs wurden diese wichtigen Verbindungen schlagartig unterbrochen. In diesem Abschnitt spannt sich der zeitliche Bogen der Ausstellung bis in die Zeitgeschichte und vermittelt darüber hinaus mit Perspektiven zur Reaktivierung der Werrabahn auch einen Ausblick in die aktuelle Verkehrspolitik. Aktuell spielen solche Überlegungen in den verkehrspolitischen Konzepten der Bahn bzw. der bayerischen wie auch der thüringischen Staatsregierungen im Zug des Ausbaus der ICE-Strecke von Nürnberg nach Erfurt sehr wohl eine Rolle.

Aus Kostengründen wie auch wegen des letztlich als zu gering veranschlagten Fahrgast- bzw. Güteraufkommens dürfte aber eine Wiederherstellung dieser nach 1945 auf einer Länge von 17 km demontierten Strecke nach den Äußerungen der Beteiligten keine Aussicht auf Realisierung haben.

Horst Gehringer

Zwangsarbeit im ländlichen Franken 1939–1945, eine Ausstellung im Freilandmuseum Bad Windsheim

Die Ausstellung über „Zwangsarbeit im ländlichen Franken 1939–1945“ war im Freilandmuseum Bad Windsheim vom 26. Juli 2008 bis zum 17. Mai 2009 geöffnet. Sie kam durch das Zusammenwirken von vier ganz unterschiedlichen Gruppen zustande. Zu nennen ist vor allem das Projekt „Zwangsarbeit im ländlichen Franken“ einer Arbeitsgemeinschaft des Gymnasiums Carolinum in Ansbach, die schwerpunktmäßig in den Staatsarchiven Nürnberg und Würzburg sowie in den Stadtarchiven Hilpoltstein und Schwabach geforscht hat. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter des Freilandmuseums Bad Windsheim führten eine Befragung von in Deutschland lebenden Zeitzeugen durch, und die Multimedia-AG, ebenfalls vom Gymnasium Carolinum in Ansbach, begleitete mit ihrem Film-Team beide Gruppen bei deren Arbeit. Außerdem befragten Mitarbeiter des Freilandmuseums in Słupsk (Stolp) / Pomorskie (Mittelpommern) Zeitzeugen in Polen und stellten die Befragungen in Übersetzung zur Verfügung. Das Staatsarchiv Nürnberg war an der Ausstellung in

mehrfacher Hinsicht beteiligt: durch die Betreuung der Schüler, durch die Ausleihe von Ausstellungsstücken und durch einen Beitrag im Katalog.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Ausstellung ist didaktisch sehr gut aufgebaut. In einem ersten Rundgang erfährt der Besucher anhand von gut verständlichen Tafeln mit Anschauungsmaterial Einzelheiten über Anwerbung, Transport und Alltag der „Fremdarbeiter“. Die Informationstafeln verschweigen auch nicht, dass bezüglich der Ernährung, der Unterbringung und der Religionsausübung die Landwirte die vorgegebenen Bestimmungen unterschiedlich umsetzten. Für die Ausstellung wurde neben zahlreichen Arbeitsbüchern auch eine „Zwangsarbeiterkartei“ zur Verfügung gestellt. Ein Abschnitt widmet sich den „Polengesetzen“ und den harten Strafen bei Übertretungen. Schließlich werden neben den Einzelbiographien auch einige Bastel- und Kunstwerke von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, wie ein Vogel, Flugzeug, Karussell, Kästchen mit Einlegarbeiten und sogar ein ganzer Schnitzaltar, gezeigt. Letzterer wird heute noch als Fronleichnamsaltar benutzt. Hierbei darf nicht vergessen werden, dass die Herstellung all dieser Kunstwerke allein der Aufbesserung der täglichen Essensration diente. Der Ausstellung ist es gelungen, das Schicksal von Menschen, die in Franken einige Jahre unter unwürdigen Bedingungen zubringen mussten, auch über die Zeit nach dem Kriegsende hinaus darzustellen und ihnen somit ihre Würde wiederzugeben, was sicher auch den Erfolg des Projekts erklärt.

Bärbel Bauerschäfer

Internet-Auftritt

Bereitstellung von Findmitteln im Netz

Seit dem Frühjahr 2008 wird das Internetangebot der staatlichen Archive Bayerns (*www.gda.bayern.de*) sukzessive um den Bereich der Online-Findmittel erweitert. Repertorien werden im gängigen Portable Document Format (PDF) zur Verfügung gestellt. Gezielte Recherchen innerhalb der Findmittel sind möglich, auch der Ausdruck einzelner Seiten wird dem Benutzer angeboten. Die Findmittel bieten in einleitenden Bemerkungen in der Regel auch Hinweise zum Registraturbildner sowie zum Bestand selbst. Derzeit (Stand: Mai 2009) sind aus sämtlichen bayerischen Staatsarchiven sowie aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv rund 160 Findmittel online.

Beim Staatsarchiv Augsburg kann jetzt unter anderem die vor einigen Jahren neu formierte umfangreiche Überlieferung des Fürststifts Kempten online eingesehen werden. Im Fall der fränkischen Staatsarchive Bamberg, Nürnberg und Würzburg stehen ebenfalls Repertorien zu älteren Kernbeständen dieser Archive im Vordergrund: Das Staatsarchiv Bamberg stellt mit dem Geheimen Archiv Bayreuth, dem Geheimen Hausarchiv Plasenburg und dem Bestand Hochstift Bamberg, Geheime Kanzlei drei neu formierte Altbestände brandenburgisch-bayreuthischer bzw. hochstiftisch-bambergischer Provenienz zur Verfügung. Bei den Findmitteln des Staatsarchivs Nürnberg bildet die Überlieferung des fränkischen Adels einen Schwerpunkt, der um Findmittel reichsstäd-

tisch-nürnbergischer Provenienz ergänzt wird. Das Staatsarchiv Würzburg stellt mehrere Urkundenfindmittel zu bedeutenden würzburgischen und mainzischen Klöstern bereit, genauso Urkunden der ehemaligen Reichsstadt Schweinfurt und des Ritterkantons Baunach. Hinzu kommen eine größere Menge ausgewählter neuerer Bestände (z.B. Landgerichte ä.O., Landbauämter, Forstämter und Herrschaftsgerichte). Das Staatsarchiv Coburg bietet neben anderen Repertorien beispielsweise die Findbücher einer umfangreichen Bildsammlung und eines Sammelbestandes mit zahlreichen Grund- und Steuerbüchern des Fürstentums Sachsen-Coburg vom 16. bis zum 19. Jahrhundert. Unter den Findmitteln des für die Oberpfalz zuständigen Staatsarchivs Amberg finden sich beispielsweise die annähernd 800 Urkunden des oberpfälzischen Benediktinerklosters Ensdorf. Das für Niederbayern zuständige Staatsarchiv Landshut hat bislang 37 Findmittel eingestellt. Es handelt sich vor allem um kurbayerische Mittel- und Unterbehörden aus den Rentmeisterämtern Landshut und Straubing. Das für Oberbayern zuständige Staatsarchiv München stellt aus dem Bereich der forstbehördlichen Überlieferung etliche neue Findbü-

cher zur Verfügung. Das Bayerische Hauptstaatsarchiv legt zunächst einen Schwerpunkt auf das 20. Jahrhundert (Ministerium für Handel, Industrie und Gewerbe; Bayerische Wirtschaftsstelle Berlin). Hinzukommen werden aber auch ausgewählte Findbücher zu Beständen vor dem Jahr 1800 und zur bayerischen Militärgeschichte sowie Nachlässe und Sammlungsgut.

Zahlreiche weitere Repertorien sollen in das Internet eingestellt werden. Ergänzend besteht Zugriff auf digitalisierte Bestände oder digitale Präsentationen. Die Internetpräsenz der Findmittel versteht sich als ein Baustein hin zu einer datenbankmäßigen Onlinestellung der im archivischen Fachverfahren „FAUST“ vorliegenden Bestände und Repertorien. Langfristig wird das Ziel verfolgt, auch eine Online-Bestellung möglich zu machen. Zusätzlich beteiligt sich die Archivverwaltung über Fördermittel der „Deutschen Forschungsgemeinschaft“ (DFG) an einem Projekt zur Retrokonversion von Findmitteln, um die retrospektive Digitalisierung der noch nicht internetfähigen Findmittel voranzutreiben.

Joachim Kemper

Personalia

Nachruf auf Generaldirektor a.D. Prof. Dr. Walter Jaroschka

Am 23. Dezember 2008 verstarb in München Generaldirektor a.D. Prof. Dr. Walter Jaroschka im Alter von 76 Jahren. Nach dem Studium der Geschichte, der Historischen Hilfswissenschaften und Klassischen Philologie an der Ludwig-Maximilians-Universität in München war er Mitglied des renommierten Instituts für Österreichische Geschichtsforschung an der Universität Wien und promovierte 1957 an der dortigen Philosophischen Fakultät. Von 1957 bis 1960 absolvierte er die Bayerische Archivschule, die er mit der großen Staatsprüfung für den höheren Archivdienst abschloss. Seine Laufbahn als Archivar begann 1960 im Staatsarchiv Landshut, wo der Großbrand von 1961 und die Bewältigung seiner Folgen den jungen Archivassessor voll forderten und prägten. 1966 wurde er an das Bayerische Hauptstaatsarchiv versetzt. 1977 erfolgte die Bestellung zum Leiter der bayerischen Archivverwaltung und am 1. Februar 1978 die Ernennung zum Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns.

Vom Archivreferendariat 1957 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1997 stand Walter Ja-



roschka 40 Jahre im Dienst der Staatlichen Archive Bayerns, davon fast 20 Jahre als Generaldirektor. Seine Amtszeit war geprägt von tiefgreifenden Veränderungen. Mit großer Energie und Tatkraft gestaltete er die staatlichen Archive um. Die

sogenannte Beständebereinigung war der nachfolgende Umbruch für die Staatlichen Archive Bayerns. Die zu Beginn des 19. Jahrhunderts durchgeführten Zentralisierungsmaßnahmen, die in weiten Teilen unvollendet geblieben waren, hatten die gewachsenen Bestandsstrukturen zerrissen. Walter Jaroschkas Ziel war es, diese Zentralisierungen rückgängig zu machen durch eine Neustrukturierung und Zusammenführung der Bestände auf der Grundlage des Provenienzprinzips. Das führte zu einer Neuorganisation des Bayerischen Haupt-

staatsarchivs und zu umfassenden Verschiebungen der Altbestände vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv an die Staatsarchive, aber auch zwischen den Staatsarchiven selbst. Die „Beständebereinigung“ in Bayern wird immer mit dem Namen Walter Jaroschkas verbunden sein. Sie hatte Vorbildcharakter für andere Landesarchivverwaltungen.

In der Amtszeit Walter Jaroschkas erlebte das Archivwesen auch in anderen Bereichen einen bedeutenden Aufschwung. Neue Archivzweckbauten entstanden, archivfremde Gebäude wurden adaptiert, das Personal wurde aufgestockt. Mit großem Einsatz widmete er sich der historisch-politischen Bildungsarbeit, zu nennen sind auch gemeinsame Veranstaltungen mit Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen, Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Der fachliche Austausch mit Archiven der Wirtschaft und die Sicherung von Adelsarchiven wurden intensiviert.

Die Tätigkeit der staatlichen Archive Bayerns wurde auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt. Als Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns hat er sich bei der Vorbereitung des Bayerischen Archivgesetzes von 1989 wie bei dessen Folgeregelungen, von der Archivbenutzungsordnung bis zu den Vorschriften über die Aktenaussonderung und die Archivpflege bleibende Verdienste durch eine sachkundige, maßgebliche Mitwirkung erworben.

Walter Jaroschka verfasste zahlreiche Veröffentlichungen und Vorträge zu historischen, archivgeschichtlichen und archivwissenschaftlichen Themen. Darüber hinaus gab er als überzeugter Archivar seine Begeisterung an den beruflichen Nachwuchs weiter. Er lehrte an der Bayerischen Archivschule, deren Leiter er als Generaldirektor war, sowie an der Bayerischen Beamtenfachhochschule.

Das große Fachwissen Walter Jaroschkas wurde über die bayerischen Grenzen hinaus geschätzt. Nicht zuletzt durch seinen persönlichen Einsatz entstand als feste Einrichtung die Archividirektorenkonferenz der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer, der ARGE ALP. Intensive fachliche Kontakte wurden zur österreichischen, tschechischen und slowakischen Archivverwaltung sowie zu weiteren südosteuropäischen Archivverwaltungen aufgenommen. Ein großes Anliegen waren Walter Jaroschka in der Zeit der Wiedervereinigung die Archive in den neuen Bundesländern.

Die starke Verankerung Walter Jaroschkas in den Archiven wie in der Wissenschaft zeigen die beiden Festschriften zum 60. und zum 65. Geburtstag sowie das aus Anlass seiner Verabschiedung durchgeführte wissenschaftliche Kolloquium

zum Thema „Bayerns Verwaltung in historischer und archivwissenschaftlicher Forschung“. 1979 wurde er zum ordentlichen Mitglied der Kommission für bayerische Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften gewählt. 1991 erfolgte die Ernennung zum Honorarprofessor für Archivwissenschaft am Lehrstuhl für Historische Hilfswissenschaften. Seine wissenschaftlichen und wissenschaftsorganisatorischen Fähigkeiten brachten ihm weitere Berufungen ein: die Ernennung zum Ehrensensator der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, die Wahl zum Mitglied der Gesellschaft für Fränkische Geschichte, die Berufung zum ordentlichen Mitglied der Historischen Kommission für die böhmischen Länder und 1993 die Berufung zum ordentlichen Mitglied der Geisteswissenschaftlichen Klasse der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste. 1997 wurde er zum Präsidenten der Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste gewählt. Bis zur Umstrukturierung des Sudetendeutschen Archivs war er auch Vorsitzender von dessen Kuratorium und er hat danach die Sudetendeutsche Akademie im Beirat des Archivs vertreten. Walter Jaroschka war Zeit seines Lebens seiner sudetendeutschen Herkunft verbunden. Für die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Palacký Universität Olmütz wurde er von der Pädagogischen Fakultät der Universität mit der Comenius-Gedenkmedaille ausgezeichnet.

Walter Jaroschka erhielt 1984 das Bundesverdienstkreuz am Bande, 1992 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, 1994 die Ehrenmedaille der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, 1997 den Bayerischen Verdienstorden, ebenfalls 1997 das Silberne Komturkreuz des Ehrenzeichens für Verdienste um das Land Niederösterreich sowie die Ehrenmedaille des Tschechischen Innenministers für Verdienste um das tschechische Archivwesen 2006.

Professor Dr. Walter Jaroschka war eine Persönlichkeit, die die Archive Bayerns und Deutschlands wesentlich geprägt hat.

Margit Ksoll-Marcon

Professor Dr. Rumschöttel zweifach ausgezeichnet

Der langjährige frühere Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns, Professor Dr. Hermann Rumschöttel, wurde im Herbst 2008 für sein Wirken zweifach ausgezeichnet.

Der Erzbischof von Salzburg, Dr. Alois Kothgasser, verlieh Professor Rumschöttel am 21. Oktober 2008 in Salzburg in einer Feierstunde für

seine vielfältigen Verdienste um das Erzbistum Salzburg das große Ehrenzeichen in Gold des Verdienstordens der Heiligen Rupert und Virgil.

Am 6. Dezember 2008 zeichnete Professor Dr. Dietmar Willoweit, der Präsident der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Professor Rumschöttel in München für „seine großen Verdienste um die Pflege des Archivs der Bayerischen Akademie der Wissenschaften“ mit der Medaille Bene Merenti in Silber aus. In seiner Laudatio betonte der Akademiepräsident, dass sich der Ausgezeichnete als Direktor des Hauptstaatsarchivs (1995–1997) und als Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns (1997–2008) stets auch dem Anliegen der Akademie verpflichtet gefühlt habe, insbesondere dadurch, dass er für die Betreuung des Akademiearchivs Fachpersonal zur Verfügung stellte und dass er die Jubiläumsausstellung „Helle Köpfe. Die Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1759–2009“ maßgeblich auf den Weg gebracht habe. Professor Rumschöttel habe sich an der Akademie in der Kommission für bayerische Landesgeschichte zudem als deren Mitglied (seit 1998) und zweiter Vorsitzender (seit 2003) intensiv für die Belange der bayerischen Geschichte eingesetzt.

Christian Kruse

Neuer Leiter der Abteilung Veröffentlichungen in der Generaldirektion

Zum 1. Dezember 2008 wurde Archivdirektor Dr. Michael Stephan Leiter des Stadtarchivs München. Sein Nachfolger in der Leitung der Abteilung 3: Veröffentlichungen, Forschung, Bestandserhaltung in der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns wurde Archivdirektor Dr. Christian Kruse. Dr. Kruse begann seine archivistische Laufbahn mit der Ernennung zum Archivreferendar 1988. Nach Abschluss des Vorbereitungsdienstes für den höheren Archivdienst an der Bayerischen Archivschule war Dr. Kruse im Bayerischen Hauptstaatsarchiv sowie in den Staatsarchiven Augsburg, Nürnberg und München tätig. Von ihm werden nun als Schriftleiter die Ausstellungskataloge, die Kleinen Ausstellungskataloge sowie die Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns herausgegeben. Dr. Kruse ist darüber hinaus zentraler Ansprechpartner für Fragen des Archivbaus und der Bestandserhaltung.

Margit Ksoll-Marcon

Neue Veröffentlichungen

Zeitschriften

Archivalische Zeitschrift, Band 90 (2008), Köln u.a., Böhlau Verlag 2008 (ISSN 0003-9497), ca. 300 S. – Inhalt unter www.gda.bayern.de („Publikationen“).

Archivinventare

Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Reichskammergericht Band 15, Nr. 6207–6705 (Buchstabe L), bearb. von Manfred Hörner (Bayerische Archivinventare 50/15), München 2008, ISBN 3-978-938831-15-1, X + 862 S.

Ausstellungskataloge

„Helle Köpfe“. Die Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1759–2009. Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs. München, 28.3.–5.7.2009. Bearb. von Reinhard Heydenreuter und Sylvia Krauß (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 51), München-

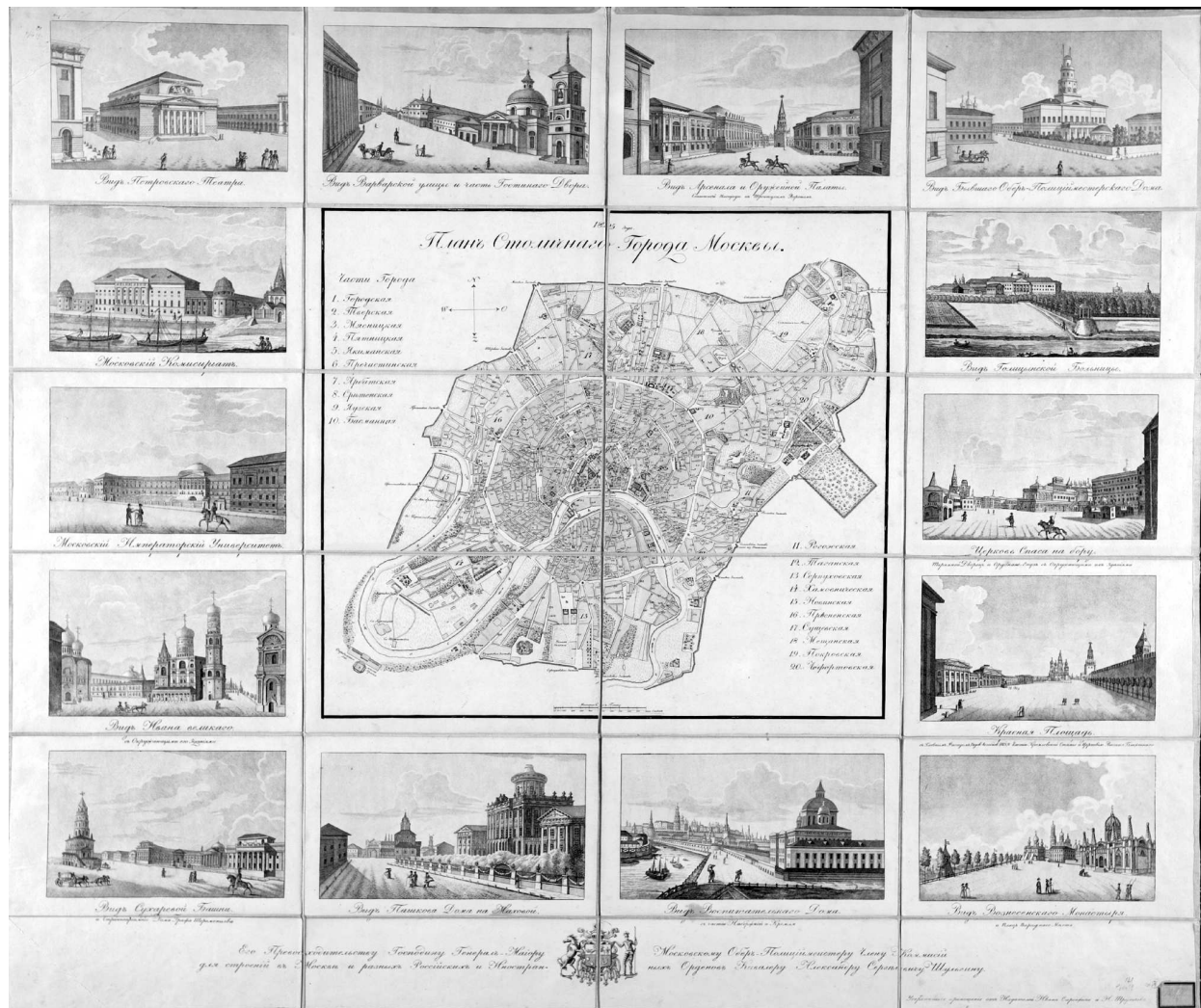
Regensburg 2009 (Verlag Friedrich Pustet, 93008 Regensburg), ISBN 978-3-7917-2223-8, 300 S., zahlreiche Abb.

Sonstige Veröffentlichungen

Dietmar Willoweit (Hrsg.), Wissenswelten. Die Bayerische Akademie der Wissenschaften und die wissenschaftlichen Sammlungen Bayerns. Ausstellungen zum 250-jährigen Jubiläum der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, München 2009, ca. 350 S., zahlr. Abb., eine DVD, 19,80 Euro. – Bezug nur über: Bayerische Akademie der Wissenschaften, Alfons-Goppel-Str. 11, 80539 München.

Johannes Laschinger (Hrsg.), Archivistische Schätze. Aus 975 Jahren Amberger Geschichte, Amberg 2009, 133 S., zahlr. Farbabb., ISBN 978-3-924707-08-8, 19,80 Euro.

Vorankündigung von zwei Ausstellungen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv und im Bayerischen Landtag



Moskau im Jahr 1825

Viele europäische Städte wuchsen im 19. Jahrhundert über ihren Kernbereich hinaus, wurden zum Wohnraum für eine vervielfachte Einwohnerzahl, zum Erprobungsfeld für neue Strukturen der sozialen Sicherung und zu Zentren neuer Verkehrsmittel. Das Bayerische Hauptstaatsarchiv erarbeitet gemeinsam mit dem Stadtarchiv München und dem Museum für die Geschichte der Stadt Moskau eine Ausstellung, in der Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei dieser Entwicklung für eine deutsche und eine russische Großstadt anhand von Karten, Plänen und Fotografien aufgezeigt werden sollen. Die Ausstellung

„Städte im Aufbruch. München und Moskau 1812–1914“

wird ab dem 7. Oktober 2009 in den Ausstellungsräumen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs an der Ludwigstraße zu sehen sein.

Ab dem 8. Oktober 2009 wird im Ausstellungsfoyer des Bayerischen Landtages mit der Ausstellung

„Goldener Löwe und weißblaue Rauten – 60 Jahre Landesverband der Pfälzer in Bayern“

an die Gründung dieses Verbandes vor 60 Jahren erinnert. Die gemeinsame Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, des Landesverbandes der Pfälzer in Bayern und des Bundes der Pfälzfreunde ist in drei Abschnitte gegliedert: Auf einen kurzen Abriss der Geschichte der wittelsbachischen Pfalz seit 1214 folgen unter dem Titel „Das Ringen um die Pfalz“ eine Darstellung der gescheiterten Versuche der Jahre 1949 bis 1956, die Pfalz für Bayern zurück zu gewinnen, und ein Überblick über die Geschichte des Landesverbandes und seiner Mitglieder sowie weiterer pfälzischer Institutionen und Verbände bis heute.

Nachrichten aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

80501 München · Postfach 22 11 52 · Tel. (089) 28638-2482 · Fax (089) 28638-2615

E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Redaktion: Dr. Christian Kruse unter Mitarbeit von Claudia Pollach

Satz und Gestaltung: Karin Hagendorn

Titelbild: Die erste Gruppe aus den staatlichen Archiven Bayerns war vom 30. März bis zum 3. April 2009 in Köln im Einsatz. 1. Reihe v.l.n.r.: Katharina Weber, Claudia Eikel, Melanie Steinhäuser, Bettina Knabl, Dr. Daniel Burger M.A.; 2. Reihe v.l.n.r.: Gerhard Fürmetz M.A., Dr. Till Strobel, Sabine Müller, Johannes Stoiber.

Mitarbeiter: Bärbel Bauerschäfer (Staatsarchiv Nürnberg). – Dr. Monika Ruth Franz M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Gunther Friedrich (Staatsarchiv Nürnberg). – Gerhard Fürmetz M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Horst Gehringer (Staatsarchiv Coburg). – Dr. Bernhard Grau M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Renate Herget (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Gerhard Immler (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Joachim Kemper M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Florian Kislinger M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Sylvia Krauß (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Christian Kruse (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Margit Ksoll-Marcon M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Claudia Mannsbart (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Claus Mannsbart (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Jens Martin M.A. (Staatsarchiv Würzburg). – Elke Max (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Susanne Millet M.A. (Staatsarchiv München). – Dr. Thomas Paringer M.A. (Staatsarchiv München). – Edith Plöthner (Staatsarchiv München). – Claudia Pollach (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Genoveva Rausch M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Klaus Rupprecht M.A. (Staatsarchiv Bamberg). – Daniel Russell (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Maria Rita Sagstetter M.A. (Staatsarchiv Amberg). – Ingrid Sauer M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Laura Scherr M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Christa Schmeißer (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Johann Schmuck (Staatsarchiv Amberg). – Hermann Schweiger (Staatsarchiv Augsburg). – Erich Sendlinger (Staatsarchiv Landshut). – Dr. Michael Unger M.A. (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Peter Urbanek M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Vorbereitungsdienst 2007/2010 des gehobenen Archivdienstes (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns). – Dr. Elisabeth Weinberger M.A. (Bayerisches Hauptstaatsarchiv). – Dr. Susanne Wolf M.A. (Staatsarchiv Landshut).

Der Text dieses Heftes ist im Internet abrufbar: <http://www.gda.bayern.de>

ISSN 0721-9733

Druck: Danuvia Druckhaus Neuburg GmbH, Neuburg a.d. Donau – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Staatliche Archive Bayerns

Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

Schönfeldstraße 5
80539 München
Telefon: (0 89) 286 38-2482
Fax: (0 89) 286 38-2615
E-Mail: poststelle@gda.bayern.de

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Schönfeldstraße 5
80539 München
Telefon: (0 89) 286 38-2596
Fax: (0 89) 286 38-2954
E-Mail: poststelle@bayhsta.bayern.de

Staatsarchiv Amberg

Archivstraße 3
92224 Amberg
Telefon: (0 96 21) 30 72 30
Fax: (0 96 21) 30 72 88
E-Mail: poststelle@staam.bayern.de

Staatsarchiv Augsburg

Salomon-Idler-Straße 2
86159 Augsburg
Telefon: (08 21) 599 63 30
Fax: (08 21) 599 63 33
E-Mail: poststelle@staaubayern.de

Staatsarchiv Bamberg

Hainstraße 39
96047 Bamberg
Telefon: (09 51) 986 22-0
Fax: (09 51) 986 22-50
E-Mail: poststelle@staba.bayern.de

Staatsarchiv Coburg

Herrngasse 11
96450 Coburg
Telefon: (0 95 61) 427 07-0
Fax: (0 95 61) 427 07-20
E-Mail: poststelle@stacobayern.de

Staatsarchiv Landshut

Burg Trausnitz
84036 Landshut
Telefon: (08 71) 923 28-0
Fax: (08 71) 923 28-8
E-Mail: poststelle@stala.bayern.de

Staatsarchiv München

Schönfeldstraße 3
80539 München
Telefon: (0 89) 286 38-2525
Fax: (0 89) 286 38-2526
E-Mail: poststelle@stam.bayern.de

Staatsarchiv Nürnberg

Archivstraße 17
90408 Nürnberg
Telefon: (09 11) 935 19-0
Fax: (09 11) 935 19-99
E-Mail: poststelle@stanu.bayern.de

Staatsarchiv Würzburg

Residenz-Nordflügel
97070 Würzburg
Telefon: (09 31) 355 29-0
Fax: (09 31) 355 29-70
E-Mail: poststelle@stawu.bayern.de